

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Aserbaidschan

vom 31. August bis 12. Oktober 2004

Die Etablierung eines unabhängigen Mediensektors in Aserbaidtschan

Von Tobias Mayer

Aserbaidtschan, vom 31. August bis 12. Oktober 2004



Inhalt

1.	Zur Person	346
2.	Einleitung	346
3.	Vorgeschichte	347
4.	Die heutige Situation des Journalismus	350
5.	Fernsehen	352
5.1	Beispiel ANS	353
5.2	Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk oder ein vollkommen unabhängiger Fernsehkanal für Aserbaidshchan?	354
6.	Die Rolle des Radios	356
7.	Die unabhängigen und oppositionellen Zeitungen und Zeitschriften	357
7.1	Das Problem des Vertriebs der Zeitungen und der Fall Quaya	357
7.2	Azadliq	360
7.3	Der Fall Yeni Məsavat	360
7.4	Der Fall Baki Xeber	362
7.5	Der Fall Monitor	364
8.	Nachrichtenagenturen	369
9.	Internet	370
10.	Der Rechtsstatus der Massenmedien	371
11.	Die journalistischen Institutionen und Organisationen (oppositionell, unabhängig oder teilweise unabhängig)	372
11.1	Presserat (Metbuat Shurasi)	372
11.2	Die Journalistenvereinigung „Neue Generation“ (Yeni Nesil)	373
11.3	RUH	374
11.4	Presseklub (Press Klub/Baki Press Klubu)	374
11.5	Azerbayjan Free Speech Foundation (Söz Azadligini Müdafiə Fondu)	375

12. Die Rolle der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) für die Massenmedien	375
13. Die journalistische Ausbildung	376
14. Die Situation in der Provinz am Beispiel der Stadt Gence	378
14.1 Fernsehen: Alternativ und Kapaz TV	378
14.2 Die Zeitung Gencebasar	379
15. Ausblick	380

1. Zur Person

Tobias Mayer, geboren 1969 in Salzgitter, 1988 Abitur in Braunschweig. 1988-1995 Studium der Islamkunde und Musikwissenschaft an der Universität Tübingen, in dieser Zeit 1991-1992 DAAD-Stipendiat in Damaskus/Syrien. 1996-2001 Forschungen und Publikationen auf dem Gebiet der islamischen Numismatik an wissenschaftlichen Projekten der Universitäten Tübingen und Jena. 1988-2000 Studienreisen u.a. nach Syrien, Jordanien, Israel, Oman, Türkei, Iran, Tunesien, Libyen, Mauretanien, Senegal, Kenia. 2001-2002 ifm-Journalistenschule/Radio aus Bruchsal, danach Hospitazen bei SR, SWR und ZDF. Seit Frühjahr 2003 freiberuflich als Hörfunkredakteur tätig für DW, WDR, DLF, DR Berlin, SWR.

2. Einleitung

Der überwiegende Teil der Medien in Aserbaidtschan ist in staatlicher Hand oder zumindest staatlich kontrolliert. Die regierungsnahen oder zumindest regierungstreuen Fernsehsender und Tageszeitungen dominieren den Markt. Dies findet sich in vielen Ländern mit diktatorischen oder autokratischen Regimen und läuft nach einem immer gleichen Schema ab: Kontrolle, Zensur, Repression, Manipulation, Verhaftungen etc. Aserbaidtschan hat durch seine Wirtschaftskraft (Öl) und strategische Bedeutung am Kaspischen Meer unter den Transformationsländern sehr gute Bedingungen für eine positive Entwicklung, auch auf dem Mediensektor. Und obwohl die formellen Voraussetzungen gegeben sind, kann man von einer wirklichen Pressefreiheit in Aserbaidtschan noch nicht sprechen. Die Schwierigkeiten der oppositionellen und unabhängigen Medien herauszuarbeiten stellt sich der Bericht zum Ziel.

Die Analyse konzentriert sich im Wesentlichen auf die Hauptstadt Baku, wo fast alle wichtigen und einflussreichen Medien ihren Standort haben. Im Ballungsraum der Hauptstadt lebt nahezu die Hälfte der aserbaidtschanischen Bevölkerung. Hier laufen alle Fäden des politischen Machtgeflechts zusammen. Ergänzt wird dieser Bericht durch einen kurzen Blick auf die Provinz. Allein Gence, die zweitgrößte Stadt des Landes im Westen Aserbaidtschans, hat mit einer unabhängigen Tageszeitung und zwei privaten Fernsehkanälen eine lokale Vielfalt vorzuweisen. Hier sind interessante Entwicklungen zu beobachten. Das Potential für unabhängige Medien außerhalb der stark kontrollierten Hauptstadt ist meines Erachtens nach groß.

Die hier zusammengetragenen Informationen sind auf dem Stand vom Dezember 2004 und basieren zum überwiegenden Teil auf persönlichen Gesprächen und Interviews mit aserbaidsschanischen Journalisten, Chefredakteuren, Funktionären und Politikern, Universitätslehrern, Studenten und einfachen Bürgern aus der Zeit meines Aufenthaltes in Aserbaidsschan im September/Oktober 2004. Viele meiner Informanten werden namentlich genannt. In wenigen Fällen sind Broschüren, Statistiken, aktuelle Artikel der Bakuer Zeitungen oder Berichte für internationale Organisationen (OSZE, Europarat) mit in die Analyse eingeflossen.

3. Vorgeschichte

Als der Sturm der Perestroika im Jahre 1989 auch über die Kaukasusrepubliken fegte, wurde in seinem Windschatten die erste oppositionelle Zeitung in Aserbaidsschan, *Azadliq* (Freiheit), gegründet. Es war die Geburtsstunde der nicht-kommunistischen Presse im Land. *Azadliq* war von Beginn an sehr populär und erreichte schnell eine tägliche Auflage von 200.000 Exemplaren. Hunderte weitere Zeitungen wurden in den ersten Jahren der Unabhängigkeit gegründet, von Geschäftsleuten, politischen Parteien, religiösen Bewegungen und anderen Organisationen.

Als 1992 die Volksfront-Partei an die Macht kam, trat das erste Massenmediengesetz in Kraft, in dem die Rede- und Pressefreiheit verankert wurde. 1993 wurde Präsident Elchibey von der Macht vertrieben und das Militär benutzte die Zensur, um kritische Publikationen gegen die Autoritäten zu unterdrücken, was zu einer Polarisierung der Massenmedien führte. Die Zeitungen spalteten sich in regierungstreue und oppositionelle Blätter. Als der ehemalige sowjetische Führer Heydar Aliyev als Staatspräsident auf die politische Bühne zurückkehrte, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Presse umgehend. Die Papierpreise stiegen auf das sechsfache und auch der Druck wurde teurer. Die meisten Zeitungen fielen in schwere finanzielle Krisen. Politisch motivierte Zensur war an der Tagesordnung.

Ab 1994 stabilisierte sich die politische Situation. Große Investitionen vor allem auf dem Ölsektor verbesserten die wirtschaftliche Lage. Die ersten journalistischen Organisationen wurden gegründet (Neue Generation, RUH, Presseklub, s. Kap. 11). Als Folge des verstärkten Kampfes um die Pressefreiheit ergriff die Regierung Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Unterstützung der Massenmedien, denn die steigenden Einkünfte aus dem Werbemarkt und dem Verkauf hatten die Zeitungen zu finanziell unabhängigen Unternehmen werden lassen. Boulevard- und andere Spartenmedien begannen sich zu verbreiten. Die Zensur verhinderte weiterhin

scharfe Kritik an der Regierung, was die Rolle vor allem der Tageszeitungen im politischen Diskurs erheblich schwächte. Es wurde ein absolutes Tabu, den Präsidenten und seine Familie zu kritisieren. Die korrupte Elite hatte kein Interesse an der Entwicklung einer unabhängigen Presse als Organ der öffentlichen Kontrolle.

Unter dem Druck der aserbaidsschanischen Massenmedien und der internationalen Öffentlichkeit wurde 1998 vom damaligen Präsidenten Heydar Aliyev die Zensur abgeschafft. Kurz danach wurde zum ersten Mal gegen die oppositionelle Zeitung „Yeni Müsavat“ geklagt. Die damalige Justizministerin und heutige Vorsitzende des Obersten Gerichts hatte Anzeige erstattet, weil sie in einem Artikel die Würde des Präsidenten verletzt sah. Die Regierung begann nun, die Medien über die Gerichte und wirtschaftlichen Druck zu kontrollieren, was letztlich zur offenen Konfrontation führte. In der Folge nahm die Zahl der unabhängigen Medien immer weiter ab, die Presse wurde nun zum Instrument des politischen Kampfes. Die journalistische Moral bröckelte, auf beiden Seiten. Schließungen von Tageszeitungen, Verprügeln und Festsetzen von Journalisten gehörten von nun an zum Alltag der kritischen Medien. Die Gerichte, die unter dem Einfluss der politischen Machthaber standen (und noch heute stehen), benutzten den Artikel 23 des aserbaidsschanischen Grundgesetzes, welcher Würde und Ehre der Bürger schützen soll, um Journalisten zu bestrafen, die Personen im Regierungsapparat krimineller Machenschaften bezichtigt oder überführt hatten. Nicht ein Prozess endete zu Gunsten der Presse. Fast alle oppositionellen Zeitungen mussten Strafen von mehreren Tausend Dollar bezahlen. Der Druck ganzer Tagesauflagen wurde blockiert.

Seit 1998 gab es über 400 Prozesse gegen Journalisten, Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosender. 80 Prozent der Anzeigen kamen von Regierungsbeamten. Als Folge von Gerichtsbeschlüssen wurden mehrere Zeitungen und Radiokanäle aufgelöst. Das rechtliche Dilemma, welches die Medienbranche unterlag, besteht noch heute: Nach Artikel 125 der Verfassung sind alle Gerichte unabhängig. Nach Artikel 109 aber hat der Staatspräsident das Recht, die Richter zu ernennen. Der Präsident seinerseits ist in seinem Apparat direkt abhängig von einigen hohen Beamten. Diese wiederum sind es, welche die Richter unter Druck setzen und Urteile „bestellen“ können. Denn die Richter werden nur für fünf Jahre ernannt und beugen sich dem Druck von oben, damit sie nach Ablauf ihrer Amtsperiode bleiben können.

Von den über 400 Medienprozessen seit 1998 wurde nur einer von den Zeitungen *Exo* und *Zerkalo* gewonnen. Der Onkel des Präsidenten Ilham Aliyev hatte Anzeige erstattet. Dieser hat aber keine gute Beziehung zu seinem Neffen und daher keine Lobby im Justizapparat. Einen weiteren

Prozess gewann der Fernsehsender ANS (s. 5.1) gegen die oppositionelle Zeitung Azadliq.

Die Regierung etablierte Ende der 1990er Jahre ein Monopol über den Verkauf von Papier, dessen Preis auf das zwei- bis dreifache anstieg. Das führte dazu, dass einige Firmen, die private Zeitschriften herausgaben, geschlossen werden mussten. Als eine der wenigen Vertriebsfirmen konnte „Qaya“ (s. 7.1), wenn auch eingeschränkt, weiterarbeiten. Faktisch ist die Verbreitung der Zeitungen hauptsächlich in der Hand der staatlichen Firma „QASID“, die ebenfalls ihre Preise an hob. Seit 2001 sind die Auflagen um bis zu 90 Prozent gesunken. 2002 betrug die Monatsauflage aller Zeitungen nur 4,5 Millionen, d.h. statistisch gesehen konnte jeder Aserbaidsschaner nur etwa eine halbe Zeitung im Monat kaufen. Und von diesen Zeitungen waren neun von zehn staatlich gelenkt. In Baku konnte der Verkauf oppositioneller Zeitungen nicht verhindert werden, aber in den Regionen ist er bis heute sehr eingeschränkt. Firmen, die Anzeigen schalteten, wurden schikaniert. So wurden die Zeitungen ihrer Haupteinnahmequelle beraubt. Die oppositionellen Printmedien sind durch ihre geringe Auflage und Rezeption machtlose Instrumente bei der Verbreitung von Informationen und Meinungen geworden.

Nicht zuletzt aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten der Printmedien ist die Hauptinformationsquelle der aserbaidsschanischen Bevölkerung heute das Fernsehen, das in beinahe jedem Haushalt ständig läuft (s. Kap. 5).

Unter dem Druck des Europarats, dem Aserbaidsschan seit 2001 angehört, wurde 2002 ein neues Massenmediengesetz erlassen, das den journalistischen Aktivitäten einen breiteren Spielraum geben sollte. Faktisch hat sich an der Situation aber nichts Entscheidendes verändert.

Im selben Jahr fand der erste allgemeine Kongress aserbaidsschanischer Journalisten statt, auf dem der Presserat (Metbuat Shurasi, s. 11.1) gegründet und ein journalistischer Moralkodex verabschiedet wurde.

Ebenfalls vom Europarat 2001 gefordert wurde die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks resp. die Umwandlung des staatlichen Senders in einen solchen. Dies ist bis heute nicht geschehen (s. 5.2).

Vor den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2003 kam es zur Eskalation. Die oppositionellen Medien gingen auf Konfrontationskurs zum Machtapparat der Präsidentenfamilie. Die Massenmedien spalteten sich endgültig in zwei Lager, wobei die Regierung die völlige Kontrolle über die öffentliche Meinung an sich reißen konnte. Alle elektronischen und die meisten Printmedien unterstützten den Präsidentschaftskandidaten İlham Aliyev, was ein massiver Verstoß gegen das Wahlgesetz war, das allen Kandidaten gleiche Medienpräsenz einräumen sollte. Ein TV-Monitoring hat ergeben, dass fast 90 Prozent der Wahlkampfsendezeit von Heydar und İlham

Aliyev besetzt waren; nur 4 Prozent bekam der einzige ernstzunehmende oppositionelle Kandidat Isa Gambar.

Vor allem am Tag der Wahl und der folgenden Nacht (15./16. Oktober 2004) kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und den Sicherheitskräften, in deren Folge zahlreiche Journalisten geschlagen und/oder festgenommen wurden. Vielen wurde später der Prozess gemacht, Bewährungsstrafen und hohe Geldbußen wurden verhängt. Einige sitzen noch heute in Haft. Fünf oppositionelle Zeitungen konnten nach der Wahl zunächst nicht erscheinen, weil die Papierpreise plötzlich angehoben wurden und die Druckereien den Dienst verweigerten. Die unabhängige Nachrichtenagentur TURAN (s. Kap. 7) wurde vom Chefankläger der Regierung gewarnt, weiter gegen den Staatsapparat zu agitieren.

4. Die heutige Situation des Journalismus

Die Presse in Aserbaidtschan ist polarisiert. Jede Zeitung, jeder Fernsehsender steht einer bestimmten Gruppierung nahe. Die staatliche wie auch die oppositionelle Presse ist auf ihre Weise einseitig. Diese Polarisierung verhindert eine differenzierte Meinungsbildung. Es existiert streng genommen überhaupt kein unabhängiges Medium im Land. Cehangir Memedli, Dekan der Journalistik-Fakultät an der BDU und stellvertretender Vorsitzender des Presserats, glaubt, dass zur Zeit eine wirklich unabhängige Zeitung, die allen Seiten eine gleichberechtigte Stimme verleihen würde, vom Leser gar nicht akzeptiert würde. Die Gesellschaft sei dafür einfach nicht bereit.

Die Bedingungen für unabhängigen oder oppositionellen, d.h. nicht regierungstreuen, Journalismus in Aserbaidtschan sind schwierig, was die einheimischen Journalisten angeht. Als Ausländer ist man außen vor und kann unbehelligt arbeiten, da man mit seinen Recherchen und Veröffentlichungen in westlichen Medien so gut wie keinen Einfluss auf die öffentliche Meinung im Land hat.

Die Löhne für Journalisten sind gering, oft unter 100 \$ im Monat. Bei den oppositionellen Tageszeitungen müssen die Redakteure häufig mit kaum mehr 50 \$ auskommen, viele müssen Nebenjobs nachgehen. Während die regierungsnahen Medien in repräsentativen Bakuer Stadthäusern residieren, haben sich die oppositionellen Medien wie TURAN, Azadliq, Yeni Məsavat oder Baki Xeber in heruntergekommenen oder unsanierten Immobilien niederlassen müssen. Dort sind die Telefonleitungen schlecht, die Stromversorgung wird häufig unterbrochen. Die technische Ausstattung der Redaktionen ist dürftig. Idealismus ist die Hauptmotivation für jour-

nalistische Arbeit, die ständig von staatlichen Stellen beeinflusst wird. Azadliq und Yeni Müsavat haben zurzeit keine Akkreditierung für die Parlamentsberichterstattung und das Präsidialamt. Bei einer Auslandsreise einmal darauf angesprochen, soll Präsident İlham Aliyev sinngemäß gesagt haben: „Es ist wie bei einer Party. Man lädt nur ein, mit wem man feiern will.“

Nach Angaben des Medienrechtsexperten Reshit Hacili sind Arrestierungen von Journalisten in Baku noch heute an der Tagesordnung. Durch Gefängnisstrafen (normalerweise auf Bewährung) und für aserbaidsschanische Verhältnisse horrenden Geldbußen von bis zu 10.000 Dollar werden Journalisten mundtot gemacht. Der Druck internationaler Organisationen (Europarat, OSZE, Reporter ohne Grenzen, US-Administration) auf die aserbaidsschanische Regierung konnte bislang Schlimmeres verhindern.

Als Journalist kann man inzwischen zwar mehr oder weniger frei arbeiten, meint der Chefredakteur der Agentur TURAN, Mehman Aliyev. Und man kann auch investigativ arbeiten, also zum Beispiel Fälle von Korruption aufdecken (wobei „aufdecken“ im Grunde das falsche Wort ist, denn jeder weiß, dass überall Korruption an der Tagesordnung ist). Das Problem ist aber, dass es keine rechtlichen Folgen hat, wenn einmal kriminelle Machenschaften in der Zeitung aufgedeckt und angeprangert werden. Kein Staatsanwalt oder Richter, kein Polizist geht der Sache nach, auch wenn sogar handfeste Beweise auf dem Tisch liegen, denn der gesamte Staatsapparat ist korrupt. Die meisten Funktionäre sind selbst beteiligt. Das heißt: die Medien sind als Kontrollorgane der staatlichen Gewalt wirkungslos.

Die ausländischen Institutionen, auch die, in denen Aserbaidsschan Mitglied ist wie z.B. der Europarat, üben nach Ansicht vieler oppositioneller Medienmacher nicht genügend Druck auf die Regierung aus, den freien Medien mehr Spielraum zu geben und tragen damit für die Situation im Lande eine Mitverantwortung. Im globalen Kontext der Sicherheit in der Kaukasusregion wird es als wichtiger angesehen, dass Aserbaidsschan stabil bleibt. Daher unterstützt das westliche Ausland die aktuelle Regierung, die mit harter Hand nicht nur gegen die Opposition, sondern vor allem auch gegen oppositionelle Medien vorgeht, aber dafür eine gewisse Stabilität gewährleisten kann.

An dieser Stelle möchte ich eine Begebenheit schildern, die ich selbst miterlebt habe. Romano Prodi war am 16./17. September 2004 als EU-Kommissionspräsident in Baku und gab am Schluss seines Besuchs eine Pressekonferenz. Vielleicht aus Hilflosigkeit gegenüber seinen eigenen politischen Zwängen, die ihn nur politische Worthülsen haben äußern lassen, vielleicht auch erstaunt oder entsetzt über die mehr als gemäßigten Fragen an ihn über seine Haltung zum Demokratisierungsprozess in Aserbaidsschan seitens der einheimischen Journalisten, gab er am Ende der Veranstaltung

folgendes zum besten: „Ich möchte Ihnen noch etwas mit auf den Weg geben: Seien sie unabhängig, seien sie frei (be independent, be free)!“ Das aus halbwegs unabhängigen wie auch regierungsnahen Journalisten zusammengesetzte journalistische Auditorium zeigte keine Reaktion, nur betretenes Schweigen und starre Mienen über diesen zynischen Rat.

Der fehlende Einfluss von unabhängigen Medien in Aserbaidtschan bleibt in der Öffentlichkeit natürlich nicht unbemerkt. Bei einem Gespräch, das ich mit Bakuer Deutsch-Studenten an einer privaten Universität führte, wurde deutlich, dass die junge Generation absolut unzufrieden mit der Situation im Land ist. Wer nicht ohnehin ausländische Fernsehkanäle via Satellit schaut, akzeptiert als einzigen aserbaidtschanischen Sender ANS. Den halten viele für unabhängig, auch wenn er es faktisch nicht ist. Was die Zeitungen angeht, so lesen die meisten Exo oder Zerkalo, hin und wieder Yeni Müsavat oder Azadliq. Einer gab an, dass seine Eltern Monitor lesen. Niemand schaue AzTV oder lese die Partei-Zeitung Yeni Azərbaycan. Allerdings scheint der Wille zu einer Veränderung nicht so stark ausgeprägt zu sein. Ich hatte eher den Eindruck einer ziemlichen Politikverdrossenheit und Resignation gegenüber den Verhältnissen im Land. Die meisten Studenten wollen ins Ausland zum Studieren, um später in Baku als Wirtschaftswissenschaftler oder Ingenieur zu arbeiten und vor allem viel Geld zu verdienen.

5. Fernsehen

In Aserbaidtschan gibt es fünf große TV-Stationen: AzTV, ANS, Space, Lider und ATV. Der staatliche Sender AzTV (mit zwei Kanälen, AzTV2 sendet nur wenige Stunden am Tag) praktiziert eine Art Hofberichterstattung des Präsidenten İlham Aliyev und seiner Familie und erinnert in seinem Auftreten stark an das Propagandaprogramm Saddam Husseins im Irak oder Hafis al-Asads in Syrien vom Ende der 1980er Jahre. In AzTV1 wechseln in loser Folge Nachrichten über İlham Aliyevs Wohltaten, seichte Kultursendungen, Folklore und zweitklassige alte Filme. Die anderen vier Kanäle haben mit ihrem Wechsel von Spielshows, Musikclips, Werbung, indischen und türkischen Soaps sowie amerikanischen Spielfilmen vergleichbare russische und türkische Programme zum Vorbild. Im Magazin- oder Dokumentationssektor arbeiten sie mit privaten Produktionsfirmen zusammen wie z.B. Internews/Internyus. Internews existiert seit 1997 und bekommt Geld von amerikanischen Organisationen. Die technische Ausstattung ist hervorragend. Internews produziert ebenfalls Sendungen für die lokalen TV-Stationen in der aserbaidtschanischen Provinz. Die kommerziellen Produktionsfirmen müssen sich den Zwängen der Sender anpassen und haben wenig kritischen Spielraum.

Die Nachrichten der privaten TV-Kanäle sind relativ kurz, aber etwas vielfältiger als beim staatlichen AzTV. Kritische Berichterstattungen zu Zuständen in der Gesellschaft sind möglich, aber selten, die Präsidentenfamilie und hohe Staatsvertreter sind absolut tabu. ANS, Space, Lider und ATV sind privat, aber nicht unabhängig. Lider und Space gehören Mitgliedern der Präsidentenfamilie, bei ANS und ATV sind die tatsächlichen Besitzverhältnisse nicht ganz klar, ein Teil der Anteile von ATV gehört der staatlichen Ölgesellschaft AzPetrol. Einen Sonderfall stellte eine Zeit lang ANS dar, das sich als unabhängig bezeichnet. Heute sind im Ergebnis alle vier Privatkanäle direkt oder indirekt verbunden mit dem Präsidenten und damit regierungstreu. Da in beinahe jedem aserbaidsschanischen Haushalt der Fernsehkonsum im Gegensatz zu anderen Massenmedien hoch ist, ist die Regierung in der Lage, die öffentliche Meinung zu kontrollieren und zu manipulieren.

Neben den aserbaidsschanischen Sendern sind aufgrund bilateraler Abkommen terrestrisch noch zwei russische (Rossija, staatlich, und 1. Kanal, öffentlich-rechtlich) sowie drei türkische (TRT1, staatlich, Samanyolu und Kanal D, beide privat) Sender zu empfangen. Im Süden des Landes strahlen zwei iranische Programme (ähnlich armenische im Norden) mit starker Sendeleistung nach Aserbaidsschan aus, z.T. bewusst auf den aserbaidsschanischen Frequenzen, um diese zu stören.

5.1 Beispiel ANS

ANS setzte in den vergangenen Jahren mehrfach an, sich von den anderen privaten Fernsehkanälen durch kritische Berichterstattung abzusetzen. Von 1998, dem Jahr der vorletzten Präsidentschaftswahlen, bis etwa 2002 hatte ANS immer wieder Probleme mit den Behörden. 1998 hatte der Sender vor der Wahl der Opposition ähnlich viel Sendezeit gewidmet wie dem regierenden Kandidaten Heydar Aliyev. Der Polizeiapparat wurde in Berichten scharf angegriffen. Das führte sogar zur zeitweiligen Abschaltung des Kanals. Journalisten wurden vom Dienst suspendiert, auf den direkten Befehl aus dem Innenministerium. In mehreren kleinen Wellen wagte sich ANS immer wieder auf das politische Glatteis der staatlichen Kritik und sah sich daraufhin regelmäßig Gegenmaßnahmen ausgesetzt.

ANS gehört zu einem größeren Wirtschaftskonzern gleichen Namens. Der Chef des Gesamt-Unternehmens Vahid Naxish ist zwar nicht mit den Aliyevs verwandtschaftlich verbunden, aber der Erfolg des Konzerns lässt gute Beziehungen zum Staatsapparat vermuten.

Letztlich ist ANS durch die Zermürbungstaktik der Behörden erfolgreich auf Staatslinie gebracht worden. Zwar ist ANS im Vergleich zu den anderen Sendern eher offen im Auftreten, die Nachrichten wirken vergleichsweise seriös, aber Kritik am Staatspräsidenten Ilham Aliyev und seiner Familie sind ein Tabu. Alle kritischen Journalisten haben ANS wegen dieser Schwierigkeiten entweder verlassen oder sind erfolgreich mundtot gemacht worden.

5.2 Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk oder ein vollkommen unabhängiger Fernsehkanal für Aserbaidtschan?

Wie oben bereits erwähnt, verlangt der Europarat von der Republik Aserbaidtschan die Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt bzw. die Umformung des staatlichen Kanals AzTV nach westlichem Vorbild. Der entsprechende Gesetzesvorschlag ist vom Europarat vor einiger Zeit abgelehnt worden, da nicht glaubhaft die Unabhängigkeit des Senders garantiert werden konnte. Inzwischen ist aber wieder etwas Schwung in die Angelegenheit gekommen. Ein Gesetz über die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Senders ist angenommen worden (im September 2004). Gerüchten zufolge soll der staatliche Sender AzTV1 aber nicht abgeschafft werden, sondern vielleicht auf der Frequenz von AzTV2 senden. Oder es wird ein öffentlich-rechtlicher Kanal zusätzlich gegründet werden. Zu erwarten ist, dass in beiden Fällen dieser Sender nicht im westlichen Sinne unabhängig sein wird, da die Regierung beim Aufbau aller zuständigen Kontrollgremien offen oder verdeckt erheblichen Einfluss beansprucht.

Das einflussreiche Open Society Institute (OSI) in Baku unterstützt den Prozess um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und erteilt privaten Initiativen eine Absage. Der Experte für Massenmedien und PR-Chef des OSI Rovshan Bagirov meint dazu: „Was einen wirklich unabhängigen Fernsehkanal angeht, so bin ich absolut pessimistisch. In den nächsten Jahren ist das vollkommen unmöglich. Man kommt an dem öffentlich-rechtlichen Modell nicht vorbei. Dort muss man, soweit möglich, Einfluss nehmen, damit der staatliche Kanal langsam umgewandelt wird, Schritt für Schritt. Es dauert eben seine Zeit.“

Davon unbeeindruckt haben einige angesehe Medienleute eine Initiative gegründet, einen privaten, wirklich unabhängigen Sender zu gründen. Die Federführung hat Arif Aliyev, der Vorsitzende der Journalistenvereinigung Yeni Nesil (s. 11.2) und des Bakuer Presseklubs (s. 11.4). Er geht davon aus, dass der öffentlich-rechtliche Fernsehsender nicht unabhängig sein wird. Weitere Mitglieder der Initiativgruppe sind: Rauf Talishinkij, Chefredakteur

der Tageszeitung Exo, Annagi Hacibeyli, Präsident der Anwaltsvereinigung, Xedice Ismayilova, stellvertretende Chefredakteurin der Caspian Business News, früher Redakteurin bei Exo. Keiner gehört einer politischen Partei an, alle besitzen einen guten Ruf im Land.

Es gab bisher einige Treffen, bei denen Ideen ausgetauscht und Vorplanungen in die Wege geleitet wurden. Die Gründer haben sich darauf geeinigt, jedes persönliche Interesse zurückzustellen und nur das gesellschaftliche und öffentliche Wohl zu verfolgen. Der Sender soll bis zum nächsten Präsidentschaftswahlkampf (spätestens 2008) funktionieren.

Da es vermutlich unmöglich ist, in Aserbaidsschan für einen privaten unabhängigen Kanal eine Sendelizenz zu bekommen – Annagi Hacibeyli hat da die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben –, ist die wahrscheinliche Option, ein Satellitenfernsehen zu gründen, das von Ost-Europa (im Gespräch ist Ungarn) aus nach Aserbaidsschan sendet. Das Hauptproblem ist natürlich die Finanzierung, denn Fernsehen ist teuer. Man ist in Gesprächen, aber diese Frage ist vollkommen ungeklärt. Arif Aliyev hofft bei der Gründung auf die Unterstützung von ausländischen Organisationen. Budgetplanungen sind erfolgt. Nach einer Anschubfinanzierung soll der Sender, wenn möglich, über Werbeeinnahmen finanziert werden.

Wenn die Finanzierung gesichert sein sollte, soll sofort ein Trainingsprogramm für Journalisten gestartet werden. Nach Arif Aliyev ist genügend Potential im Land vorhanden, viele der guten und unabhängigen Fernsehjournalisten seien zur Zeit gar nicht im TV-Bereich tätig, weil sie Schwierigkeiten mit ihren Vorgesetzten bekommen hatten. Manche arbeiten bei privaten Produktionsfirmen wie z.B. Internews. Andere arbeiten für türkische Sender. Die gut ausgebildeten Aserbaidsschaner könnten als Multiplikatoren fungieren.

Das Programm sollte einen Schwerpunkt auf Information legen, darin sind sich alle einig, zuallererst natürlich Nachrichten, dann Aufklärungs- und Bildungsprogramme, alles in aserbaidsschanischer Sprache. Vermutlich muss es aber auch ein Showprogramm, Filme und Soaps geben. Ein reiner Nachrichtenkanal ist wohl nicht zu finanzieren, auch wenn Rauf Talishinskij das favorisieren würde („ein kleines CNN für Aserbaidsschan“). Die Gründer selbst wollen aber später keinen Einfluss mehr auf das Programm nehmen, sondern dies den dann unabhängigen Gremien vollständig überlassen. Der Sender soll der Wahrheit verpflichtet sein und eine Pluralität von Meinungen ermöglichen und so die Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung erwerben.

6. Die Rolle des Radios

Die Rolle des Radios in Aserbaidsschan ist unbedeutend. In privaten Haushalten wird kaum Radio gehört. Hier läuft oft schon beim Frühstück der Fernseher. Radio ist Begleitprogramm beim Autofahren. Der Schwerpunkt liegt daher eindeutig auf Musik.

Alle großen Fernsehstationen betreiben nebenbei einen oder mehrere Radiosender. Falls sie überhaupt Nachrichtensendungen oder anderes Informationsprogramm ausstrahlen, bekommen diese ihre Informationen von den gängigen Agenturen oder aus Zeitungen. O-Töne sind Abfallprodukte der TV-Verwertung.

Antenn Radio ist eine der wenigen mehr oder weniger unabhängigen Wellen in Baku. Mit eigenem Kapital betreiben die beiden Geschäftsleute Rüstem Aliyev und Rövshen Cavadov als Präsident und Vize den Kanal unter privatwirtschaftlichen Bedingungen. Antenn hat eine Reichweite von deutlich mehr als 50 km über die Apscheron-Halbinsel hinaus und erreicht so nach eigenen Angaben auch die Provinzstädte Shamaxi im Westen und Qobustan im Süden. Antenn Radio ist ein 24-Stunden-Vollprogramm. Tagsüber kommen stündlich von der Redaktion produzierte Nachrichten in aserbaidsschanischer Sprache, ansonsten Musik. Die drei Reporter, die hauptsächlich in Baku unterwegs sind (einer davon Parlamentsreporter), bestreiten nach eigenen Angaben über den Tag verteilt drei bis vier Beitragsplätze, dazu gibt es eine Kooperation über Informationsaustausch mit BBC World. Allerdings habe ich nie einen Beitrag hören können und auch nie einen Hörfunkreporter (außer der Kollegin von BBC World und anderen ausländischen Sendern) gesehen, was Zufall gewesen sein mag. Von 22-1 Uhr übernimmt Antenn das mehrsprachige Programm (englisch, türkisch, russisch) von „Voice of America“. Von 7-8 Uhr wird ein englischsprachiges Informationsprogramm ausgestrahlt.

Das Budget von Antenn Radio ist klein, der Werbemarkt nicht sehr ergiebig. Finanzielle Unterstützung kommt er von der amerikanischen Botschaft und NGOs. Eine journalistische Ausbildung existiert im Privatradio praktisch nicht, das Niveau ist daher eher bescheiden. Dennoch sind die Löhne für die Mitarbeiter mit 100 \$ monatlich aufwärts (Angaben von Antenn) im Vergleich zu der Situation bei den oppositionellen Zeitungen noch ganz gut.

Die Zukunft des Radios in Aserbaidsschan ist ungewiss. In Baku sind die Medien durch das Fernsehen dominiert, aber in den Provinzen gibt es durchaus Entwicklungspotential, auch für unabhängige Sender.

7. Die unabhängigen und oppositionellen Zeitungen und Zeitschriften

Es gibt mindestens fünf wichtige unabhängige bzw. oppositionelle Tageszeitungen in Aserbaidsschan. Annähernd unabhängig sind die beiden russischsprachigen Zeitungen: Exo und Zerkalo. Exo z.B. bezieht etwa je zur Hälfte seine Einkünfte aus dem Verkaufserlös und aus der Werbung. Damit ist Exo im Prinzip von der Regierung unabhängig, aber natürlich sind die Anzeigenkunden (nationale Banken, Computerunternehmen, große Geschäfte) von Kritik ausgenommen. Exo kann man als annähernd neutral bezeichnen, ist aber in letzter Zeit ziemlich „diplomatisch“ geworden, wohingegen Zerkalo einer etwas kritischeren Haltung treu geblieben ist.

Daneben gibt es zahlreiche parteinahe Zeitungen, darunter sind die drei wichtigsten: Azadliq (Nähe zur Volksfrontpartei - AXC), Yeni Müsavat (zur Müsavat-Partei) und Baki Xeber (zur Demokratischen Partei - ADP). Im Gegensatz zu den gemäßigten Blättern Exo und Zerkalo sind Azadliq, Yeni Müsavat und Baki Xeber stärker regierungskritisch. Yeni Müsavat und Baki Xeber erscheinen in einer Auflage von über 6.000 Exemplaren, etwa dreimal soviel wie die Auflagenhöhe von Azadliq. Allen drei Zeitungen ist gemein, dass sie mit den hohen Papierpreisen zu kämpfen haben, die in den letzten Monaten die Auflagen sinken ließen. Die Papiereinfuhr ist in der Hand des aserbaidsschanischen Zollchefs monopolisiert und unterliegt mafiosen und korrupten Strukturen. Die oppositionellen Zeitungen sind weitgehend vom Werbemarkt abgeschnitten, denn die Firmen haben Angst, dort zu inserieren, da sie von der Regierung unter Druck gesetzt werden. Dazu geben nationale Firmen grundsätzlich verhältnismäßig wenig Geld für Werbung aus, da es keine Konkurrenz nach Marktprinzipien im Land gibt.

7.1 Das Problem des Vertriebs der Zeitungen und der Fall Qaya

Die Verbreitung von Zeitungen und Zeitschriften ist in Aserbaidsschan zu einem erheblichen Anteil in der Hand der regierungsnahen Firma QASID. Der staatliche Vertrieb betreibt im ganzen Land mehr als 1.000 Kioske (420 in Baku und mehr als 600 in den Landesbezirken, dort die Azer Metbuat Yayimi). QASID verkauft auch oppositionelle Zeitungen wie Yeni Müsavat oder Baki Xeber, aber in der vordersten Reihe liegen immer die regierungsnahen Blätter. Kritische Zeitungen sind versteckt in den hinteren Reihen oder gar unter dem Ladentisch und nur auf Nachfrage zu kaufen. Radikale Zeitschriften wie Impuls oder Monitor (s. 7.5) gibt es in den QASID-Kiosken nicht. Auch in den Zeitungsständen der Bakuer Metro, die von der ebenfalls regierungsnahen Firma „Metro-Servis MMC“ betrieben werden, bekommt man Monitor nicht.

QASID ist gegenüber den oppositionellen Zeitungen oftmals zahlungs-säumig. Bewusst leiten sie das Geld aus den Verkaufserlösen nicht weiter, dadurch können diese wiederum die Druckereien nicht bezahlen. QASID hat bei „Yeni Məsavat“ z.B. Schulden von etwa 15.000 \$ (Stand Anfang 2004). Das bringt Yeni Məsavat in erhebliche Zahlungsschwierigkeiten gegenüber den Druckereien, aber auch gegenüber den Angestellten.

Die Verbreitung von oppositionellem oder unabhängigem Gedankengut in gedruckter Form ist daher in großem Maße von Qaya („der Fels“) abhängig. Qaya wurde 1994 von Xanhusəyn Aliyev gegründet, arbeitet unabhängig von Regierungsstrukturen und hat heute insgesamt etwa 600 Angestellte. Diese bekommen wöchentlich ihren vergleichsweise hohen Lohn ausgezahlt, der nach eigenen Angaben zwei- bis dreimal höher als der eines einfachen Journalisten ist. Qaya beschäftigt für die gut 30 Mitarbeiter in der Zentrale sogar einen eigenen Koch. Das Mittagessen ist kostenlos. Bei Qaya zu arbeiten, gilt als prestigeträchtig. Die Mitarbeiterbindung ist eine der Unternehmensstrategien der Firma. Der Chef Xanhusəyn Aliyev bezeichnet Qaya als große Familie.

Qaya behandelt alle Zeitungen gleich und verkauft alles, was in Aserbaidshan gedruckt wird. 1994 hatte Qaya 22 Kioske in Baku und 33 in den Bezirken. Bis 2004 sind 19 von den Behörden liquidiert worden, 13 in Baku und 6 in den Provinzen, darunter alle 5 in der Autonomen Republik Nachtschivan, wo es heute dadurch überhaupt keinen unabhängigen Kiosk mehr gibt. Die Kioske sind beständig den Schikanen durch die Behörden ausgesetzt, einerseits auf Druck von QASID und andererseits natürlich aus politischen Gründen, da Qaya die Verbreitung von regierungskritischen Informationen unterstützt.

Die Schließung der Qaya-Kioske durch die Bakuer Stadtverwaltung fußte auf verschiedenen Scheinvorwürfen. Angeblich störten die Kioske den Verkehr, woraufhin Qaya anbot, die Standorte zu verlegen. Das lehnte die Stadt ab. Die Konsequenz: heute stehen auf den alten Qaya-Standplätzen QASID-Kioske (!). Angeblich vertrieb Qaya pornographische Zeitschriften, aber die Stadt hatte keine konkreten Beweise. Schließlich sei das Design der neuen Kioske schlecht, was, wenn man sich die QASID-Läden im Vergleich ansieht, ziemlich absurd erscheint. Die Form der neuen Qaya-Kioske hatte nach Angaben von Xanhusəyn Aliyev das Bakuer Rathaus selbst vorgegeben. An massiven Störungen des Zeitungsverkaufs an den Kiosken waren lokale Polizeichefs beteiligt, dies ist auf Fotos dokumentiert. Im Ergebnis wurden die Kioske einfach mit Kränen abtransportiert.

Nach diesen Vorkommnissen ging Qaya vor das Bakuer Wirtschaftsgericht. Kein Stadtvertreter erschien vor Gericht. Das Urteil ging zur Überraschung

vieler positiv für Qaya aus, woraufhin die Stadt vor das Appellationsgericht ging. Dort wurde am 7. August 2004 ein Urteil zugunsten des Bakuer Rathauses gefällt, obwohl die Illegalität der Kioskliquidierungen aufgrund der Faktenlage eindeutig bewiesen war.

Hinter dem ersten Urteil, das für Qaya gefällt wurde, vermuten viele eine Strategie der Regierung, um belegen zu können, dass die Gerichte in Aserbaidshon unabhängig seien, bevor dann für die nächst höhere Instanz ein genehmes Urteil „bestellt“ wird.

Qaya hat sich nun an den obersten Gerichtshof gewandt, das Ende ist offen. Für Xanhüseyn Aliyev hat der Kampf um die Kioske eine psychologisch-taktische Bedeutung. Sollte Qaya Recht bekommen, könnte das ein einigermaßen ungestörtes Arbeiten und damit das Überleben der nächsten Jahre sichern.

Da der Qaya-Chef sich nicht auf die Einnahmen aus den Kiosken verlassen konnte und wollte, stellte er im Laufe der Zeit über 100 fliegende Händler ein und baute einen Abonentenservice auf. Über 150 Austräger bringen die Zeitungen morgens bis zur Haustür, zu einer vorher bestellten Zeit – ab etwa 7 Uhr (die Zeitungen in Baku erscheinen meist erst bis 6 Uhr früh, haben aber in der Nacht zuvor z.T. sehr spät erst Redaktionsschluss). Mitte 2004 hatte Qaya etwa 20.000 Abonnenten. Zu den Kunden gehören viele internationale Organisationen und Botschaften. Angestellte des Staatsapparates oder loyale Bürger scheuen sich, bei Qaya zu abonnieren, was zurzeit den Markt noch limitiert. Qaya plant, auch in den Städten Sumgayt (nördl. von Baku) und Gence (die zweitgrößte Stadt Aserbaidshons im Westen) einen Aboservice aufzubauen.

Qaya kauft sukzessive in Baku Wohnungen für den Stadtteilvertrieb an, um von Vermieterschikanen unabhängig zu sein. Dabei sind der Firma nach Angaben von Xanhüseyn Aliyev keine günstigen staatlichen Kredite zugänglich, welche nach einem Präsidentenerlass an konforme Medienfirmen für 2-7 Prozent Zinsen vergeben werden. So war Qaya 1999 beispielsweise gezwungen, zur Errichtung von neuen Kiosken bei einer amerikanischen Bank einen Kredit von 41.000 \$ zu nehmen, für einen Jahreszins von 24 Prozent. Obwohl 13 der 17 neuen Kioske von den Behörden wieder geschlossen wurden, konnte Qaya den Kredit innerhalb von zwei Jahren incl. Zinsen zurückzahlen, nicht zuletzt weil die oppositionellen Zeitungen im Falle von Qaya bis heute nicht auf regelmäßige und pünktliche Zahlungen beharren.

7.2 Azadliq

Azadliq („Freiheit“) ist die erste und älteste Zeitung des unabhängigen Aserbaidtschan. Sie wurde am 24.12.1989 gegründet und erreichte schnell eine Auflage von 200.000 Exemplaren täglich. Seit 1991 ist Qenimet Zahidov mit kurzen Unterbrechungen Chefredakteur. Seit 1994 ist Azadliq nicht mehr das offizielle Organ der Volksfrontpartei, steht dieser bzw. oppositionellen Ideen generell aber weiterhin nahe. Azadliq hat heute insgesamt etwa 50 Mitarbeiter und 7 Korrespondenten in den Regionen. Die Tagesauflage ist stetig gesunken und im letzten Jahr noch einmal von 6.000 auf 3.000 Stück zurückgegangen, was vor allem auf die hohen Papierpreise zurückzuführen ist. Qenimet Zahidov macht aber auch die Abwanderung eines Teils der aserbaidtschanischen Intelligentsia dafür verantwortlich, dass der Zeitungskonsum im Land generell rückläufig ist. Von der Tagesauflage werden etwa 2.000-2.500 verkauft. Bei geringeren Papierpreisen wäre eine Auflage von 10.000 realistisch, denn zurzeit wird die gelesene Zeitung oft weitergegeben. So beträgt die Reichweite der Zeitung nach Angaben Zahidovs etwa 15.000 Leser. Azadliq bezieht nur 3-5 Prozent der Einkünfte (etwa 5.000-6.000 \$ pro Jahr) aus Werbung (bei anderen Zeitungen sind es bis zu 100.000 \$ im Jahr), der Rest kommt über den Verkauf.

Azadliq spielt eine zentrale Rolle in der journalistischen Ausbildung im Land. Qenimet Zahidov schätzt, dass bis zu 70 Prozent der Zeitungsleute, die heute in oppositionellen oder unabhängigen Blättern arbeiten, ihr Handwerk zumindest teilweise bei Azadliq gelernt haben. Als einzige oppositionelle Zeitung ist Azadliq Teil des Praktikumprogramms der staatlichen Bakuer Universität (s. Kap. 13). Azadliq ist als Ausbildungsort sehr begehrt bei jungen Journalisten, es ist keine politische Orientierung erforderlich. Die Journalistik-Studenten kommen nicht nur die vorgeschriebenen vier Wochen pro Jahr in die Redaktion, sondern arbeiten oft auch parallel zu ihrem Studium an Artikeln.

7.3 Der Fall Yeni Mūsavat

1997 war Yeni Mūsavat („Neue Gleichheit“) die größte Zeitung im ganzen Südkaukasus-Raum, seit 2001 ist sie die einzige Zeitung in der Region, die sieben Tage die Woche erscheint. Die Auflage stieg bis zur Präsidentschaftswahl 2003 bis auf konstante 22.000 Exemplare an, kurz nach der Wahl wurde die Auflage kurzfristig noch einmal bis auf 30.000 erhöht. In den Kreisen der Regierung wurde der Chefredakteur von Yeni Mūsavat, Rauf Arifoglu, als einer der Verantwortlichen für die Ausschreitungen direkt

nach der Wahl verantwortlich ausgemacht und verhaftet. Der Prozess ist vom Gericht künstlich in die Länge gezogen worden. Im Oktober 2004 wurde Arifoglu zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl – auch nach Einschätzung von internationalen Beobachtern – keine Beweise für seine Schuld vorgebracht werden konnten (auf Videos ist das brutale Vorgehen der Polizei dokumentiert), im Gegenteil: auch staatliche Zeugen hielten während des Prozesses Arifoglu für unschuldig.

Bis Oktober 2003 hatte Yeni Müsavat ihre Redaktionsräume im Gebäude der Müsavat-Partei, welches dann beschlagnahmt wurde. Den Mietern wurde gekündigt. Die Redakteure mussten schnell räumen und fanden für zwei Monate Unterschlupf in der Redaktion von Azadliq. Dann bekam Yeni Müsavat Räume in einer der alten sowjetischen Trabantensiedlungen am Stadtrand von Baku angeboten, wo die Redaktion noch heute ansässig ist. Die Räume waren heruntergekommen und in marodem Zustand. Die Redaktion ist nun einige Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, mit schwieriger und zeitaufwändiger Verkehrsanbindung, was die redaktionelle Arbeit erschwert.

Seit Oktober 2003 hat Yeni Müsavat mehrere Gerichtsurteile gegen sich hinnehmen müssen, in denen vor allem empfindliche Schmerzensgelder für „beleidigte“ Beamte oder Mitglieder der Präsidentenfamilie ausgesprochen wurden. Nach Angaben des stellvertretenden Chefredakteurs Qabil Abbasoglu, der für den in Haft sitzenden Arifoglu die Redaktion leitet, belaufen sich die Schulden der Zeitung noch heute auf insgesamt etwa 160.000 \$. Anfang März 2004 wurde in der Folge das Konto von Yeni Müsavat gesperrt. Zur Begleichung der Schulden zieht der Staat die Verkaufseinnahmen, die von Qaya (s.o. 7.1) kommen, direkt ein. Wegen der fehlenden Liquidität ist die Auflage auf 9.000 gesunken, etwa 7.000 davon werden täglich verkauft. Für den täglichen Druck der Zeitung wird etwa 300 \$ für eine halbe Tonne Papier benötigt. Wegen des finanziellen Drucks muss die Zeitung in allen Bereichen die Kosten minimieren. Davon sind auch die Lohnzahlungen nicht ausgenommen. Statt 100 \$ bekommen die Redakteure derzeit nur etwa 20-30 \$ im Monat ausgezahlt, wovon selbst in Aserbaidshan niemand leben kann.

Theoretisch hat Yeni Müsavat nach eigenen Angaben ein Leserpotential von bis zu 13.000, was eine Auflage von 15.000 bedeuten würde, allerdings wird die Auflage nach Angaben von Abbasoglu künstlich niedrig gehalten, denn möglicherweise mehr erwirtschaftetes Geld würde der Staat sofort abschöpfen. Nachdem die Behörden Mitte November 2004 die Konten von Yeni Müsavat wegen hoher Schulden von etwa umgerechnet 150.000 \$, die sich durch gerichtliche Strafen angesammelt hatten, eingefroren haben, musste das Erscheinen der Zeitung im Januar 2005 eingestellt werden.

7.4 Der Fall Baki Xeber

Baki Xeber (Baku Nachrichten) wurde erst im September 2003, kurz vor den letzten Präsidentschaftswahlen, gegründet, zunächst mit einer Auflage von 1.800 Exemplaren. Heute gehört Baki Xeber zu den einflussreicheren Zeitungen des Landes. Baki Xeber ist offen oppositionell, also nicht unabhängig und steht der Aserbaidtschanischen Demokratischen Partei (ADP) nahe. Der Chefredakteur Aydin Quliyev ist seit 1998 in der ADP als stellvertretender Parteivorsitzender politisch aktiv. Seit 2001 ist Quliyev journalistisch tätig. Vor der Gründung von Baki Xeber war er bei der ebenfalls oppositionellen und inzwischen geschlossenen Zeitung Hürriyet. Bis 1997 war Quliyev selbst ein Teil des Regierungsapparates von Präsident Heydar Aliyev – als politischer Berater in der Autonomen Republik Naxchivan, verließ dann aber wegen der politischen Entwicklungen die Regierungspartei und lief zur Opposition über.

Baki Xeber ist wegen seines Erfolgs (nach eigenen Angaben werden bis zu 90 Prozent der täglichen Auflage verkauft) durch eine sehr regierungskritische Haltung großem Druck ausgesetzt und hat massive Schwierigkeiten mit dem Präsidentenapparat. Aydin Quliyev hat aus der Zeit seiner Tätigkeit für die Regierung viele Informanten im politischen Apparat und bekommt so oftmals Hinweise aus der Mitte der Macht.

In nur einem Jahr musste die Redaktion bereits viermal umziehen. Nach jeweils drei bis vier Monaten wurde ihnen nach Angaben von Quliyev der Mietvertrag gekündigt. Die Wohnungsbesitzer wurden angeblich aus Regierungskreisen angerufen und unter Druck gesetzt, indem ihnen oder ihren Familienangehörigen beispielsweise mit Entlassung oder Verhaftung gedroht wurde.

Durch die vielen erzwungenen Umzüge entstehen hohe Kosten, durch welche die Zeitung finanziell immer wieder in Schwierigkeiten kommt. Räume müssen renoviert, Telefonleitungen verlegt werden etc. Jedes Mal wechselt dadurch auch die Rufnummer der Redaktion.

Auch vom Werbemarkt ist Baki Xeber fast abgeschnitten, da kaum ein Inserent das Risiko eingeht, eine Anzeige zu schalten. Ein Geschäftsmann hatte einmal eine Annonce aufgegeben, die nur einen Tag abgedruckt wurde. Am nächsten Tag habe er sie zurückgezogen, erzählt Quliyev, weil er einen Anruf aus dem Steuerministerium bekommen habe. Die Beamten hätten mit einer Steuerprüfung gedroht, falls er weiterhin diese Zeitung unterstütze.

Bis Anfang 2004 wurde Baki Xeber in einer privaten Druckerei gedruckt. Am 8. Januar wurde dieser der Strom abgestellt. Die Druckerei musste daraufhin die Produktion von Baki Xeber einstellen, um wieder Strom geliefert zu bekommen und überhaupt weiter existieren zu können. Auf

Intervention ausländischer Botschaften wird Baki Xeber nun in einer staatlichen Druckerei hergestellt, was ein regelmäßiges Erscheinen sichert.

Allerdings ist die Herstellung in der staatlichen Druckerei auch deutlich teurer, was die finanzielle Krise der Zeitung noch verschärft. Die Vertriebsfirmen haben eine schlechte Zahlungsmoral. Die fliegenden Zeitungsverkäufer, meist Jugendliche, werden bedroht, die Zeitungen beschlagnahmt. Die ohnehin geringen Honorare für die Journalisten von deutlich unter 100 \$ pro Monat können bisweilen nur unregelmäßig bezahlt werden. Die Journalisten von Baki Xeber sind wie viele ihrer Kollegen Idealisten, die nicht ohne die Unterstützung von Bekannten und Freunden ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Am 13. Juli 2004 verurteilte ein Bakuer Gericht Baki Xeber zur Zahlung eines Schmerzensgelds von 80 Millionen Manat (16.000 \$). Ein ranghoher Politiker hatte Anzeige erstattet, weil Baki Xeber geschrieben habe, dass dieser eine bekannte Sängerin mit viel Geld sponsere und sie zur Leiterin eines Betriebsorchesters gemacht habe. Durch die Publizierung dieses Sachverhalts fühlte sich der Politiker beleidigt und strengte die Klage an, wobei grundsätzlich die Sponsorentätigkeiten dieses Politikers kein Geheimnis waren. Am 17. Juli, vier Tage nach dem Erscheinen des Artikels, kidnappten vier Maskierte den Chefredakteur Aydin Quliyev aus dem Auto, fesselten und knebelten ihn und stülpten ihm einen schwarzen Sack über den Kopf. Die Maskierten mahnten ihn, nicht mehr journalistisch zu arbeiten und seine politische Tätigkeit einzustellen. Zweieinhalb Stunden später warfen sie Quliyev gefesselt und geknebelt an einer unbekanntem Stelle aus dem Auto. Am 19. Juli 2004 wurde der Vorfall auf einer Pressekonferenz öffentlich gemacht. Alle politischen Parteien und NGOs, Reporter ohne Grenzen, OSZE, Europarat, das US-Außenministerium und die ausländischen Botschafter in Aserbaidsschan haben scharf protestiert. Dieser massive Übergriff wurde bisher nicht strafrechtlich verfolgt, niemand konnte für die Tat bislang zur Rechenschaft gezogen werden. Ernsthaftige Ermittlungen gibt es nicht. Aydin Quliyev glaubt, dass der Überfall direkt aus dem Kreis des Präsidentenapparates angeordnet wurde.

Nur wenige Tage nach diesem Vorfall hat ein Onkel des Präsidenten gegen Aydin Quliyev Anzeige erstattet. Grund war der Wiederabdruck eines regierungskritischen Artikels aus der Zeitschrift „Alternatif“ in Baki Xeber. Obwohl die Quelle angegeben war und das Massenmediengesetz eindeutig sagt, dass das wiederabdruckende Medium keine Verantwortung für den Inhalt des Originals trägt, sondern der Autor, ist Quliyev am 30. August 2004 zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden. In diesem Jahr darf Quliyev nicht weiter journalistisch unangenehm auffallen. Eine weitere Bewährungsauflage ist, dass er Aserbaidsschan in dieser Zeit

nicht verlassen darf. Nach Quliyevs Angaben war dieses Urteil genau so „von oben bestellt“ worden, weil er in dieser Zeit mehrere Auslandsreisen geplant hatte.

Ständig sieht sich Baki Xeber weiteren Prozessen ausgesetzt, wobei die Anzeige- resp. Klagegründe an Belanglosigkeit, manchmal an Absurdität kaum zu überbieten sind. Ein Schuldirektor verlangte einmal 130 Millionen Manat (26.000 \$) wegen Beleidigung, weil Baki Xeber schrieb, dass dieser eine Dissertation geschrieben habe und „Dozent“ werden will (Dozent in Anführungszeichen). Ein weiterer Fall trug sich folgendermaßen zu: Ein einfacher Bürger hatte einen Leserbrief an Baki Xeber geschickt und geschrieben, er werde von den Behörden schikaniert und habe Schwierigkeiten. Der Brief wurde mit vollständiger Namensnennung abgedruckt, wobei nicht bekannt ist, ob dieser Name gefälscht war. Darauf meldete sich ein weiterer Bürger gleichen Familiennamens, aber unterschiedlichen Vor- und Vaternamens, und behauptete, er sei dieser Mann, habe aber besagten Brief nie geschrieben (!). Mehrere Zeugen sagen übereinstimmend, dieser Bürger sei die Marionette eines Ministers, welcher ihm für diese Anzeige versprochen habe, Leiter einer Bezirksverwaltung zu werden. Gefordert wurde in diesem Fall die Verhaftung Aydin Quliyevs.

Trotz der Haltlosigkeit der Vorwürfe werden alle Fälle gerichtlich verfolgt, da die Richter unter dem Einfluss der Regierung stehen. Vor Gericht wird Baki Xeber von der Journalistenvereinigung „Yeni Nesil“ (s. 11.2) sowie dem „Presseklub“ (s. 11.4) unterstützt, vor allem finanziell. Die Anwaltskosten für einen Prozess belaufen sich auf durchschnittlich 150 \$.

Die Zukunft von Baki Xeber ist keineswegs gesichert. Verhängte, aber unbezahlte Geldstrafen stehen im Raum. Es droht die Beschlagnahmung der Redaktionseinrichtung (Computer, Drucker etc.) oder gar eine Kontosperrung, von welchem Geld dann einfach vom Staat abgezweigt werden kann. Auf dieses Konto gehen 60 Prozent der Verkaufseinnahmen. Eine mögliche dramatische Folge wäre die Schließung der Zeitung.

7.5 Der Fall Monitor

Monitor ist ein wöchentliches Magazin, das ganz offen die Zustände im Staatsapparat anprangert und damit massive Schwierigkeiten mit den dem Präsidenten loyalen Sicherheitsorganen bekommen hat. Vielleicht ist Monitor die einzige wirklich unabhängige Zeitschrift in Aserbaidshan, aber sie ist auch gleichzeitig vielleicht die radikalste und keineswegs neutral oder ausgewogen. Die Leute sagen, Monitor sei gegen alles. Ein Journalist von Monitor wurde im Sommer 2004 krankenhausreif geschlagen. Die

Redakteure werden in steter Regelmäßigkeit verhaftet und mit Prozessen überzogen.

Monitor wird von fünf Journalisten betrieben. Es existiert kein Büro. Die Redakteure machen alles selbst: Recherche und schreiben, Fotos und Layout am Computer. Gedruckt wird in verschiedenen engagierten Druckereien. Jede dieser Druckereien hat bereits Schwierigkeiten mit den Behörden bekommen, so dass die Druckorte wechseln müssen. Der Druck des Magazins wurde mehrfach ganz unterbunden. Als Behelf erschien das Blatt als einfache Fotokopie. Die Auflagenhöhe ist 5.000, was für aserbaidsschanische Verhältnisse im Printbereich relativ hoch ist. Die Auflagenstärke ist ganz dem Markt angepasst. In der Regel können alle Exemplare verkauft werden, was auch eine wirtschaftliche Vorbedingung für den Druck ist. Angeboten wird Monitor nur von fliegenden Händlern. Kein stationärer Kiosk kann es sich leisten, Monitor ins Programm aufzunehmen, weil sonst sein Laden geschlossen zu werden droht. Das Magazin kostet umgerechnet etwa 50 Eurocent. Da die Betriebskosten vergleichsweise gering gehalten werden können (keine Büromiete, alle Arbeiten in Eigenregie), sind die fünf Monitor-Journalisten in der Lage, von den Verkaufserlösen (abzüglich der Kosten für die Druckerei) zu leben. Gekauft wird Monitor überwiegend von reicheren Leuten wie Geschäftsleuten oder auch höheren Beamten und Intellektuellen, auch wenn nicht alle regelmäßigen Leser mit der Polemik des Blattes einverstanden sind. Bisweilen werden die Monitor-Macher schon mal als journalistische „Hooligans“ bezeichnet. Monitor kann keine Anzeigenkunden akquirieren (ist also werbefrei) da jede Firma mit Schikanen rechnen muss, wenn sie dort annonciert.

Exemplarisch für die Mechanismen, mit denen mutigen Journalisten in Aserbaidsschan das Leben schwer gemacht wird, möchte ich hier mein Protokoll eines Gerichtsverfahrens wiedergeben, das ich selbst als Beobachter verfolgen konnte.

Prozessgegenstand:

Der Parlamentsabgeordnete Siyavush Novruzov klagt gegen die Zeitschrift Monitor wegen des folgenden Sachverhalts: Am 7. März 2004 erschien ein Artikel in Monitor, in welchem Siyavush Novruzov beschimpft und seine Würde verletzt worden sei. Der Autor habe massiv und mit scharfen Worten die Tätigkeit des Parlaments kritisiert und Abgeordnete in dem russischsprachigen Artikel als „unzensierte (necenzurnyj) Gesichter“ bezeichnet, woraufhin sich Novruzov auch persönlich angegriffen fühlte. Der Kläger beruft sich auf Artikel 46 des Zivilrechts und fordert 1.200 Millionen Manat (umgerechnet etwa 40.000 \$) Schmerzensgeld, 2. eine

Gegendarstellung in der nächsten Ausgabe von Monitor, 3. die Einstellung der Zeitschrift, und 4. eine strafrechtliche Verfolgung durch den Staat.

Erster Prozesstag, 14.9.2004, Baku, Nizami-Bezirksgericht.

Vor dem und im Gerichtsgebäude herrscht reges Treiben. Die Stimmung ist entspannt. Die Prozessbeteiligten unterhalten sich, feixen miteinander und scheinen eine gewisse Routine bei Veranstaltungen dieser Art zu haben. Der Prozess beginnt mit mehr als einer halben Stunde Verspätung.

Anwesende:

Der Richter, ein Anwalt als Vertreter des nicht erschienenen Klägers Novruzov, Elmar Hüseynov, Gründer und Chefredakteur von Monitor, als Vertreter der beklagten Zeitschrift, der Verteidiger des Beklagten, die Autorin des besagten Artikels als Zeugin, dazu einige Prozessbeobachter von oppositionellen Medien und journalistischen Organisationen und mehrere Gerichtspolizisten, von denen einer als Übersetzer Aserbaidsschanisch-Russisch zur Verfügung steht (verhandelt wird in aserbaidsschanischer Sprache, die Autorin des Artikels ist Russin und versteht nach eigenen Angaben nur schlecht Aserbaidsschanisch).

Der Geräuschpegel ist hoch, v.a. wegen des immer wieder aufkommenden lauten Stimmengewirrs, das von draußen durch die kaum isolierte Tür dringt. Mehrfach schickt der Richter einen der Polizisten, um im Vorraum für Ruhe zu sorgen, was nur schwerlich gelingt. Der Gerichtssaal riecht penetrant nach einem Öl-/Benzingemisch. Wie sich im Laufe der Verhandlung herausstellen wird, hat – abgesehen von mir – keiner der Prozessbeteiligten oder -beobachter sein Handy ausgestellt, auch nicht der Richter. Und alle werden prompt während der zweistündigen Verhandlung mindestens einmal angerufen, und alle gehen auch ans Telefon, nur der Angeklagte Elmar Hüseynov drückt einen Anrufer weg, weil er gerade mitten in der Befragung durch den Richter steckt, nicht ohne auf dem Display genau zu schauen, wer das war und ob der Anruf in diesem Moment nicht vielleicht doch wichtiger sein könnte als sein laufende Aussage. Der laute Klingelton des Richters tönt nach russischer Zirkusmusik; beim ersten Mal drückt er den Anruf noch weg, beim zweiten Mal geht auch er ans Handy und sagt so etwas wie „Schatz, ich bin gerade mitten in einer Verhandlung, ich rufe später zurück, zum Essen komme ich pünktlich“.

Zu Beginn der Verhandlung regt der Richter einen Vergleich an. Der Anwalt des Klägers bietet an, alle Punkte bis auf das Schmerzensgeld zurückzunehmen, was der Angeklagte Elmar Hüseynov und sein Verteidiger ablehnen.

Der Anwalt des Klägers trägt den Klagegrund vor: In dem Artikel heißt es, niemand brauche ein Parlament, das dumme Gesetze verabschiedet. Die Abgeordneten wurden in dem Artikel als eklige Gesichter bezeichnet (Anm. in der aserbaidshchanischen Übersetzung des entsprechenden Passus wurde russisch „necenzurnyj“ nicht ganz korrekt mit einem Wort wiedergegeben, das man mit eklig/dumm übersetzen würde). Es wurde behauptet, dass sie sich bei den Exekutivorganen einschmeicheln. Weiter wurden die Abgeordneten mit Sharikov aus einem Buch Bulgakovs verglichen (Anm. Sharikov ist eine Figur aus Bulgakovs Erzählung „Hundeherz“. Der Hund Sharikov wird mittels Operationen in einen Menschen verwandelt – eine Polemik auf die sowjetische Gesellschaftspolitik). Die Abgeordneten wurden als die Bösen aus einem Märchen beschimpft. Dies insgesamt ist ein Schmerzensgeld von 200 Millionen Manat wert. Vielleicht ist das ein wenig hoch, aber das soll das Gericht entscheiden.

Verteidiger: In dem Artikel wird Siyavush Novruzov namentlich nur in einem Satz erwähnt. Novruzov hat laut Artikel in einem Gespräch mit dem OSZE-Vertreter T.D. gesagt: „Wenn ich könnte, würde ich das Blut von den Oppositionellen löffeln.“ Der OSZE-Vertreter war sehr schockiert und hat gesagt, dass er die Menschen hier eigentlich für zivilisierte Leute gehalten habe. Wo steht, dass mein Mandant konkret Novruzov beleidigt hat?

Anwalt des Klägers: Mein Mandant glaubt, dass er gemeint war.

Verteidiger: Erstens: Laut Gesetz muss eine Anzeige innerhalb eines Monats nach Erscheinen des Artikels eingegangen sein. Aber erst nach 5 Monaten wurde die Anzeige erstattet. Die Klage hat also keine Grundlage. Falls Herr Novruzov ein Krankheitsattest vorweisen könne für die letzten Monate, dann könnte man vielleicht darüber reden. Zweitens: Wie kommt der Kläger überhaupt auf eine Schmerzensgeldforderung von 200 Millionen Manat?

Anwalt des Klägers: Das ist die Meinung meines Mandanten.

Verteidiger: Laut Gesetz darf keine Zeitschrift einfach so geschlossen werden. Außerdem war der Artikel ein Kommentar über die Tätigkeit im Parlament, und als solcher ersichtlich.

Elmar Hüseynov: Novruzov beschimpft alle möglichen Leute, weil er Immunität genießt. Er darf das alles ungestraft machen. Wenn ein Journalist das tut, kommt er gleich vor Gericht.

Richter: Haben Sie Beweise dafür, dass Novruzov alle Leute beschimpft?

Elmar: Ja, ich habe jede Menge Kassetten von Parlamentsdebatten. Auch der Abgeordnete Ahad Abiyev ist übrigens so einer.

Der Richter fragt den Anwalt des Klägers: Halten sie diese Zeitschrift (d.h. Monitor) für legal?

Anwalt des Klägers: Nein.

Elmar Hüseyinov protestiert: Bei uns ist alles legal. Unsere Registrierungsnummer ist 336. Im Jahre 1996 wurde Monitor registriert und erhielt 1999 eine Lizenz für drei Jahre. Heute benötigt man keine Lizenz mehr für Printprodukte, sondern man muss eine neue Zeitung nur eine Woche vor Erscheinen im Justizministerium anzeigen, aber Zeitschriften, die schon länger existieren, müssen das nicht.

Der Richter fragt den Anwalt des Klägers: Wenn sie diese Zeitschrift für illegal halten, warum fordern sie eine Gegendarstellung?

Der Anwalt des Klägers schweigt.

Elmar Hüseyinov zweifelt an, dass Novruzov den Artikel überhaupt gelesen oder verstanden habe, da dieser gar kein anständiges Russisch könne. Der Vergleich mit der Figur des Sharikov bei Bulgakov stimme z.B. auch nicht.

Der Richter verlangt Unterlagen über den Rechtsstatus der Zeitschrift Monitor. Elmar gibt an, diese seien vor Jahren schon beschlagnahmt worden und müssten entweder im Justizministerium oder im staatlichen Archiv liegen. Die Zeitschrift sei Anfang der 1990er Jahre von einem Geoforschungsinstitut gegründet worden, das heute nicht mehr existiert. Der Richter sagt, er werde versuchen, die Informationen über die Registrierung von Monitor zu beschaffen. Der rechtlich problematische Punkt sei, ob Monitor überhaupt als juristische Person angesehen werden kann. Der Richter vertagt die Verhandlung auf den kommenden Montag, 20.9., 15 Uhr.

Zweiter Prozesstag, 20.9.2004.

Anwesende wie oben.

Der Richter eröffnet die Verhandlung: Das Justizministerium hat keine Unterlagen über die Registrierung von Monitor. Dieser Punkt ist damit erledigt.

Anwalt des Klägers: Siyavush Novruzov behauptet, dass seine Würde verletzt worden sei und verlangt weiterhin die Gegendarstellung. Das Schmerzensgeld von 200 Millionen Manat soll dem Waisenhaus Nr. 1 gestiftet werden.

Verteidiger: Es gibt 124 Parlamentsabgeordnete zur Zeit und keiner fühlte sich beleidigt. Siyavush Novruzov hat behauptet, das ganze Parlament sei beleidigt worden. Und er persönlich sei in dem ganzen Artikel beleidigt worden. Das ist nicht wahr. Kritisiert wurden vor allem die Abgeordneten der Volksfrontpartei (Anm. eine Partei der Opposition). Es gibt in dem besagten Artikel keine direkte Beleidigung. In der Klageschrift ist das auch nicht genau ausgeführt. Worauf stützt sich überhaupt die Höhe der Forderung des Schmerzensgeldes? In mehreren Punkten hat Siyavush Novruzov selbst das Recht nicht beachtet, obwohl er sich darüber beschwert, dass der Artikel sage, unsinnige Gesetze würden verabschiedet werden: Er hat Zivilrecht

mit Strafrecht verwechselt. Er kann hier vor dem Bezirksgericht nicht die Verhaftung meines Mandanten verlangen. Darüber hinaus ist die Frist für die Erstattung einer Anzeige von einem Monat längst abgelaufen gewesen. Ein Attest ist nicht vorgelegt worden. Dazu verlangt er die Einstellung von Monitor, diese Forderung ist verfassungswidrig. Die Übersetzung des Artikels aus dem Russischen ins Aserbaidsschanische war nicht korrekt, z.B. aus „nicht-zensierten Gesichtern“ wurden „dumme Gesichter“, aus „unsinnigen Gesetzen“ wurden „dumme Gesetze“. Das kommt daher, dass Siyavush Novruzov nicht gut Russisch kann. Eine Gegendarstellung könnte Siyavush auch ohne Gericht verlangen. Das hat es in Monitor auch schon gegeben. Wenn ein Urteil gesprochen wird, wissen wir, dass es gegen uns ausfallen wird, obwohl wir Recht haben. Das Gericht möge wenigstens so urteilen, dass wir uns vor internationalen Gerichten nicht blamieren.

Richter: Wir werden fair und nach dem Gesetz entscheiden. Da können sie sich sicher sein. Das Urteil wird morgen, 15 Uhr, verkündet.

Urteilsverkündung, 21.9.

Anwesende wie oben. Monitor wird zu 40 Millionen Manat (8.000 \$) Schmerzensgeld verurteilt. Darüber hinaus muss eine Gegendarstellung veröffentlicht werden. Elmar Hüseynov gibt an, er werde in die Berufung gehen. Das Geld könne er ohnehin nicht bezahlen, da er resp. Monitor schon Schulden von vielen Tausend Dollar habe.

Sechs Tage später muss Elmar Hüseynov erneut vor Gericht erscheinen. Verklagt hat ihn der Parlamentsabgeordnete Zalimxan Yaqub – wegen Beleidigung...

„Elmar Hüseynov wurde am 2. März 2005 im Treppenhaus seiner Wohnung erschossen. Der mutmaßliche Mörder, ein aserbaidsschanischer Georgier, ist gefasst. Die Hintergründe der Tat sind bislang nicht geklärt.“

8. Nachrichtenagenturen

Mehrere Nachrichtenagenturen sind für die Verbreitung von Informationen in Aserbaidsschan wichtig. Neben den staatlichen, die wie die regierungsnahen Zeitungen oder Fernsehsender offen präsidentenfreundlich sind, bekommt man einigermaßen unabhängige Informationen u.a. durch den aserbaidsschanischen Ableger der russischen Nachrichtenagentur Interfax. Dazu gibt es zwei wichtige lokale Unternehmen: Azer-Press wird von vielen ausländischen Beobachtern als halbwegs unabhängig bezeichnet, ist aber, was Kritik an der Regierung angeht, sehr moderat. TURAN dagegen

bezeichnet sich offen als oppositionell und ist im selben Gebäude wie die Redaktion von Azadliq und die Zentrale der Volksfrontpartei untergebracht. TURAN arbeitet wirtschaftlich unabhängig und lebt von den Einkünften aus Abonnentenbeiträgen.

Die Redakteure von TURAN können weitestgehend frei und ungestört arbeiten, aber ihre Hauptabnehmer, die oppositionellen Zeitungen, besitzen – wie wir gesehen haben – nur eine kleine Auflage und damit eine unterdrückte Stimme. Eine große Zahl der vielleicht zwei Dutzend Redakteure von TURAN arbeiten als freie Mitarbeiter, für eine Meldung gibt es kaum mehr als 1 \$. Die Journalisten von TURAN kann man wohl zu Recht als Idealisten bezeichnen. Der Chefredakteur von TURAN, Mehman Aliyev, ist für ausländische Institutionen ein wichtiger Ansprechpartner. Er verleiht den unabhängigen und oppositionellen Medien Aserbaidtschans durch Statements, Vorträge und kritische Analysen zur Situation der Massenmedien eine Stimme.

9. Internet

Das Internet ist prinzipiell die einzige Quelle in Aserbaidtschan, aus der man umfassend unabhängige Informationen über das Land beziehen kann bzw. sich aus der Unübersichtlichkeit des Materials selbst ein Bild zu machen im Stande ist. Hervorzuheben ist die dreisprachige Internetseite (aserb., russ., engl.) der Azerbaijan Free Speech Foundation (AFSF, s. 11.5), die eine hervorragende Internetpräsenz betreibt (www.azfreespeech.org). AFSF liefert eigene Nachrichten und Bulletins (auch in englischer Sprache) sowie eine Übersicht aller Online-Portale aserbaidtschanischer Medien, v.a. Zeitungen, und ist damit ein äußerst nützliches Hilfsmittel für die Informationsbeschaffung im und über das Land.

In Aserbaidtschan werden zwar keine Internetseiten im eigentlichen Sinne zensiert, jedoch ist der Zugang zum WWW begrenzt. Die Telefonleitungen sind schlecht, die Datenverbindungen langsam. Der Staat regelt den Zugang. Die z.T. zehn Computer der Internetcafes mit ihren 56k-Modems, wo die Kosten mit unter 1 \$ pro Stunde Surfen recht niedrig sind, hängen zumeist an nur einer Ausgangsleitung; der Zugang wird über Router geregelt, entsprechend langsam ist der Transfer. Dagegen sind die Preise einer Monatsflatrate für private Haushalte mit etwa 50 \$ im Monat vergleichsweise exorbitant hoch.

10. Der Rechtsstatus der Massenmedien

Um eine Zeitung zu gründen benötigt man keine Lizenz. So schießen neue periodische Printprodukte seit der Unabhängigkeit wie Pilze aus dem Boden. Ihr Überleben hängt von ihrer Aufmachung ab, von den Kontakten der Blattmacher in den Regierungsapparat, von den wirtschaftlichen Voraussetzungen und natürlich von den transportierten Inhalten. Unpolitische und unkritische Blätter gibt es in Aserbaidsschan Hunderte. Ständig entstehen neue und andere verschwinden wieder. Auf dem Zeitungs- und Zeitschriftenmarkt ergibt sich so eine unübersichtliche Situation.

Anders ist die Situation im Rundfunk. TV- und Radio-Stationen benötigen für ihre Existenz formell eine Lizenz. 1998 wurde das Informationsministerium aufgelöst, das bis dahin einige wenige Genehmigungen erteilt hatte. Die Privatsender erhielten zunächst befristete Sendelizenzen. 2002 wurde ein Nationaler Rundfunkrat (Milli Televiziya ve Radio Shurasi) eingerichtet, den der Präsident mit sechs ihm loyalen Mitgliedern besetzt hat. Der Rundfunkrat betreibt ein zeitaufwändiges Monitoring aller privaten Fernsehkanäle im Land (das staatliche AzTV wird nicht beobachtet, dies wird direkt von Regierungsbeamten überwacht). Dabei wird geprüft, ob die Sender die für die Sendelizenz eingereichte Programmgestaltung einhalten (Sendezeiten, Verhältnis aserbaidsschanisch/russisch/andere Sprachen, Eigen-/ Fremdproduktionen, Anteile Politik/ Information/ Musik/ Kinderprogramm/ Dokumentationen/ Sport/ Reklame etc.). Dabei haben derzeit Abweichungen von der ursprünglichen Programmkonzeption (ATV soll laut Konzept z.B. 95 Prozent aserbaidsschanisch und 5 Prozent fremdsprachig senden, faktisch ist das Verhältnis aber 34 zu 60!) überhaupt keine Konsequenzen. Nach Angaben von Azer Pashayev, einem Mitarbeiter des Rats wird nur „gewarnt“ und dann werden „Ratschläge gegeben“, wie man nun verfahren soll. Man muss allerdings beachten, dass die Gründer der Fernsehkanäle teilweise kaum professionelle Erfahrungen im Mediensektor hatten und sich die konkrete Umsetzung ihrer Konzepte zunächst teilweise nur vage vorstellen konnten. Die entsprechenden prognostizierten Sendeanteile der einzelnen Programmschwerpunkte waren manchmal einfach aus der Luft gegriffen.

Da es in der derzeitigen Mediengesetzgebung zahlreiche Lücken und Unstimmigkeiten gibt, ist der Rundfunkrat nach eigenen Angaben mehr oder weniger handlungsunfähig. Nach Aussagen von Azer Pashayev sind die Zuständigkeiten und Befugnisse des Rundfunkrates nicht eindeutig bestimmt worden. Die bestehenden alten ursprünglich befristeten Lizenzen wurden informell verlängert, bis es eine neue gesetzliche Grundlage gibt.

Tatsächlich hat der Rundfunkrat seit seinem Bestehen bis zum Dezember 2004 keine einzige neue Lizenz vergeben. In dieser passiven Haltung des Rundfunkrates ist auch einer der Hauptvorwürfe unabhängiger Beobachter begründet. Das Gremium blockiere jede weitere Lizenzvergabe nur mit fadenscheinigen Ausreden, auch wenn es nach geltendem Gesetz möglicherweise mehr Handlungsfreiheit hätte. Dabei existiert bereits ein umfangreicher Anforderungskatalog für die Erteilung einer neuen Lizenz, d.h. die Basis für eine Antragstellung besteht. Technische Limits bei der Vergabe von neuen Frequenzen gibt es übrigens offenbar nicht.

Die Mitarbeiter des Rundfunkrats warten auf eine neue Gesetzgebung, die in Abstimmung mit dem Europarat noch 2004 in Kraft treten sollte. Präsident, Parlament und Europarat sind bisher nicht zu einer Einigung gekommen. Das unabhängige Bakuer Medienrechtsinstitut (Media Hüququ Institutu) unter der Leitung von Reshid Hacili hat einen eigenen Entwurf in die Diskussion gebracht, der in weiten Teilen von den Gutachtern des Europarats favorisiert wurde.

11. Die journalistischen Institutionen und Organisationen (oppositionell, unabhängig oder teilweise unabhängig)

Die hier vorgestellten Organisationen sind nur eine Auswahl, denn die Zahl der journalistischen Vereinigungen in Aserbaidtschan ist Legion. Viele der nicht-staatlichen journalistischen Vereinigungen (wie auch andere NGOs) sind zum Teil von zweifelhafter Nachhaltigkeit und dienen häufig nur als Geldproduktions- und Jobbeschaffungsmaschinen für findige Bakuer Aktivisten. Die Anträge sind oft allzu offensichtlich auf Botschaften oder internationale Organisationen bzw. deren Genehmigungsstrukturen zugeschnitten. Das bedeutet natürlich nicht, dass manche hier nicht erwähnte Organisationen keine gute Arbeit machen würden.

11.1 Presserat (Metbuat Shurasi)

Der Presserat wurde auf Verlangen des Europarats im März 2003 eingerichtet. Im Presserat sind etwa 180 Zeitungen, Agenturen und andere journalistische Organisationen vertreten. Er hat insgesamt etwa 550 Mitglieder. Der Verwaltungsrat wird aus dem Presserat heraus gewählt und hat 15 Mitglieder, davon sind neun Journalisten. Von diesen neun sind zwei oppositionell, vier regierungsnah und drei unabhängig. Die anderen sechs Mitglieder sind Vertreter der Zivilgesellschaft (Lehrer, Ärzte etc.).

Der Verwaltungsrat tagt zweimal im Monat. Der Vorsitzende des Presserats, Aflatun Amashov, bezeichnet das Organ als unabhängig. Nach seinen Angaben sieht sich der Presserat dem Druck von beiden Seiten, Regierung wie Opposition, ausgesetzt und verfolgt eine vermittelnde Linie.

Formell ist der Presserat ein selbstregulierendes vorgerichtliches und vermittelndes Kontrollorgan für Konflikte zwischen Bürgern, Journalisten und Behörden. Die Hauptarbeit besteht darin, Beschwerden von Bürgern über Journalisten nachzugehen. Die Klagen kommen von Zeitungslesern, Organisationen oder auch Beamten. Seit Aufnahme der Arbeit hat der Presserat etwa 40 Entscheidungen getroffen.

Faktisch aber hat der Staat die Massenmedien völlig unter seiner Kontrolle und der Handlungsspielraum des Presserats ist gering. Tatsächlich beschäftigt sich der Presserat in der Praxis nur mit kriminellen Journalisten, welche Menschen erpressen, indem sie damit drohen, diskreditierende Artikel zu veröffentlichen. In einem Fall z.B. wurde ein Schuldirektor von einem Journalisten damit erpresst, Informationen über Bestechungen an seiner Schule zu veröffentlichen, ohne dass Beweise vorlagen. Weitere Klagen beschäftigen sich mit oppositionellen Zeitungen, die Beamte als Verbrecher bezichtigen, auch wenn keine gerichtliche Verurteilung vorliegt. Der Presserat rügt dann die entsprechenden Urheber.

Die Bekämpfung von kriminellen Aktivitäten von Journalisten durch den Presserat wird von der Regierung durchaus begrüßt. Der Presserat gilt als Feigenblatt der Regierung, wenn es darum geht, ihre Initiativen zur Entwicklung von Rede- und Pressefreiheit zu belegen.

11.2 Die Journalistenvereinigung „Neue Generation“ (Yeni Nesil)

Die Journalistenvereinigung Yeni Nesil wurde 1995 gegründet und hat sich die Schaffung einer freien und unabhängigen Medienlandschaft zum Ziel gesetzt. Yeni Nesil besitzt vier Hauptabteilungen: 1. eine Rechtsabteilung, die einerseits Gesetzentwürfe für das Parlament vorbereitet, und andererseits Journalisten, die in Schwierigkeiten mit dem Gesetz sind, Rechtsbeistand zur Verfügung stellt. 2. eine Bildungsabteilung; Yeni Nesil organisiert Seminare und Trainings für Journalisten, oft in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie z.B. dem Europarat, sowie Fortbildungen an den Universitäten. 3. eine Forschungsabteilung; Yeni Nesil betreibt Medienmonitoring und verfasst Berichte über die Situation in Aserbaidsschan über den Karabagh-Konflikt, Wahlen etc. 4. eine Druckabteilung, die Lehrbücher für die journalistische Ausbildung herstellt.

Der Vorsitzende von Yeni Nesil ist derzeit Arif Aliyev, der auch die Gründung eines unabhängigen Fernsehkanals für Aserbaidtschan betreibt (s.o. 5.2). Dazu ist die Organisation der Hauptinitiator des Presseklubs (s. 11.4) gewesen.

Die Vereinigung hat derzeit etwa 760 Mitglieder und erhebt keine Mitgliedsbeiträge. Der niedrige Lebensstandard der Journalisten in Aserbaidtschan führt dazu, dass nur wenige Beiträge überhaupt zahlen könnten. So hat man davon abgesehen. Finanziert wird die tägliche Arbeit von Yeni Nesil zu 80 Prozent durch Geld von internationalen Organisationen. 20 Prozent wird durch Auftragsarbeiten erwirtschaftet (Verfassen von Expertisen etc.).

11.3 RUH

Die Organisation RUH („Seele“) wurde 1992 gegründet und unterstützt Journalisten, wenn sie verhaftet werden, vor Gericht stehen oder sonstige Schwierigkeiten haben. RUH organisiert dann Pressekonferenzen und formuliert Appelle für die internationale Öffentlichkeit. RUH ist vereinsähnlich organisiert, erhebt aber keine Beiträge. Der „Apparat“, bestehend aus dem Vorsitzenden (derzeit Hüquq Salmanov, früher Aflatun Amashov, der heute Vorsitzender des Presserats ist, s.o. 11.1), einem Stellvertreter und einem Schriftführer, fungiert als juristische Person, um zum Beispiel einen Vertrag mit einem Anwalt zu schließen, der einen Journalisten vor Gericht verteidigen soll. Finanziert wird RUH von internationalen Botschaften (USA, GB) und NGOs.

Darüber hinaus ist ein Anliegen von RUH die Ausbildung von Journalisten sowie Aufklärungsarbeit. RUH gibt Lehrbücher und Broschüren heraus, die Informationen über journalistische Rechte ebenso wie Anleitungen zur Selbstverteidigung bei Übergriffen enthalten. Fünf Lehrbücher mit 250-300 Seiten sind bisher erschienen: Medien und Regierung, Medien und Gerichte, Die Informationsgesellschaft, Meinungsfreiheit, Verbote. Die Lehrbücher sind kostenlos und werden in der Regel über Dozenten an den Universitäten, die auch als Autoren mitwirken, an interessierte Studenten der journalistischen Studiengänge verteilt.

11.4 Presseklub (Press Klub/Baki Press Klubu)

Der Presseklub ist eine Art Forum, konkret: ein Raum, in dem Journalisten ihre Probleme vortragen können. Der Vorsitzende ist zurzeit Arif Aliyev.

Er wurde 1996 von den oppositionellen und liberalen aserbaidtschanischen Zeitungen Yeni Müsavat, Azadliq, Exo und Zerkalo zusammen mit der Nachrichtenagentur TURAN gegründet. Ein Journalist, der mit Regierungsstellen Schwierigkeiten hat, der schikaniert oder geschlagen wird, kann hier sein Anliegen vortragen. Dafür zahlt er einen Obolus von etwa umgerechnet 40 \$. Die Mitgliedermedien des Presseklubs nehmen sich dann der Sache an und berichten über den Fall in Anzeigen, Appellen und Artikeln. Ziel ist es, eine breite Öffentlichkeit für den betroffenen Journalisten zu schaffen und die Bevölkerung aufmerksam zu machen. Dadurch kann der von Willkür geprägte Handlungsspielraum der behördlichen Schikanen eingeschränkt und der Journalist konkret geschützt werden.

11.5 Azerbaijan Free Speech Foundation (Söz Azadligini Müdafie Fondu)

Die Azerbaijan Free Speech Foundation (AFSF) wurde im Jahr 2000 gegründet und nennt sich selbst unabhängig. Die Gründer haben enge Verbindungen zu öffentlichen Institutionen (Parlament, Gerichte, staatliche Universität). Sie geben an, für freie Meinungsäußerung zu kämpfen, was seine Grenzen bei regierungskritischer Berichterstattung hat. Die Mitglieder sind überwiegend Journalisten, die heute als freie Autoren für die verschiedensten Zeitungen und Zeitschriften arbeiten (535ci Qezet, Ekspres, Ädalet, Vakif Xeber, Qütüb). Die Organisation betreibt eine exzellente Internetseite (www.azfreespeech.org, s.o. 11.5).

Die Organisation richtet sich vor allem auch an junge Journalisten, die noch in der Ausbildung sind und von AFSF Hilfestellungen bekommen. AFSF gibt seit Anfang 2004 ein Bulletin mit Informationen und Analysen aus der Medienbranche heraus. Geplant ist eine spezielle Zeitschrift für junge Journalisten. AFSF arbeitet mit russischen journalistischen Organisationen, „Article 19“ (London) sowie „Transparency International“ zusammen und sucht auch Kontakt zu „reporters sans frontières“ (Reporter ohne Grenzen).

12. Die Rolle der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) für die Massenmedien

Der Einfluss der NGOs in Aserbaidtschan ist hoch. Die ausländischen NGOs fungieren als Geldgeber, die einheimischen als Geldempfänger. Zu den wichtigsten der in Aserbaidtschan tätigen NGOs gehört zweifellos

das Open Society Institute (OSI) innerhalb des Soros Foundation Network. Sehr viele Institutionen in Aserbaidtschan, auch in der Medienbranche, wurden oder werden noch von ausländischen Organisationen finanziert, die in der Regel für eine Zeit von 1-3 Jahren Mittel als Anschubfinanzierung bereitstellen. Danach haben viele Organisationen Schwierigkeiten, ihre Arbeit fortzusetzen, da eine unabhängige finanzielle Basis nicht geschaffen wurde resp. werden konnte. Das OSI hat einige Jahre lang Zeitungen in Baku unterstützt, in der Hauptstadt das Engagement für Zeitungen aber eingestellt. In der Provinzstadt Gence wird das lokale Blatt „Gencebasar“ (s. 14.2) gefördert, das dort ein großes Publikum erreicht. Ebenso fördert das OSI lokale TV-Stationen, in Zukunft vielleicht auch lokale oder regionale Radioprogramme. Auch beobachtet das OSI sehr genau die Erfolge von Journalistenaustauschprogrammen, die nach Auskunft ihres PR-Chefs Rovshan Bagirov sehr kritisch beurteilt werden müssen, weil der Ausbildungseffekt nicht besonders nachhaltig sei. Ferner hat das OSI eine Journalistikstudentenzeitung gefördert, die als Printversion inzwischen nicht mehr existiert. Zurzeit wird die Fortsetzung des Projekts als Internetportal konzipiert. Dieses Portal soll den Journalistikstudenten die Möglichkeit bieten, selbst praktisch zu arbeiten. Das ist in den normalen Redaktionen normalerweise nicht möglich, da die Studenten dort nicht ernst genommen werden. Das OSI unterstützt auch die Aktivitäten von Arif Aliyev für einen unabhängigen Fernsehkanal, nimmt aber eine pragmatische Haltung zugunsten eines öffentlich-rechtlichen Senders ein (s.o. 5.2).

13. Die journalistische Ausbildung

Etwa 500 Journalisten werden in Aserbaidtschan im Jahr ausgebildet; genaue Zahlen existieren nicht. Es gibt etwa 10 Ausbildungsstätten in Baku, staatliche oder private Hochschulen und andere Institute. Darunter ist die journalistische Fakultät der Bakuer Staatlichen Universität (Baku Dövlet Universiteti – BDU) die bedeutendste und wohl auch beste. Vergleichbare Möglichkeiten bietet sonst noch die Xezer Universität. Da es keine Überwachung der Ausbildung gibt, lässt die Qualität an privaten Schulen oft zu wünschen übrig. Nach Einschätzung von Cehangir Memedli, dem Dekan der journalistischen Fakultät der BDU, wird dies in den nächsten Jahren aber der Markt regeln, da schlecht ausgebildete Redakteure keine Chance auf einen dauerhaften Arbeitsplatz in der Medienbranche haben.

An der BDU studieren pro Jahrgang etwa 65 Studenten, davon 35 im normalen aserbaidtschanischen Studiengang, 15 im russischen und 15 per Fernstudium. Das Studium dauert vier Jahre. Es gibt kaum Studienabbrecher.

An der BDU gibt es vier Lehrstühle: Theorie, Praxis, internationaler Journalismus und Mediengeschichte, pro Lehrstuhl unterrichten etwa 20 Dozenten. Das Verhältnis Studenten zu Lehrenden kann man als sehr gut bezeichnen. Das Studium wird als praxisnah bezeichnet, ein westlicher Standard wird angestrebt; die BDU besitzt ein Ausbildungsstudio.

Weil das Einstiegsniveau der Studenten zu wünschen übrig ließ, hat sich die journalistische Fakultät dazu entschlossen, eine Aufnahmeprüfung für das Fach einzuführen. Dort soll festgestellt werden, was der Studienanfänger für ein journalistisches Vorwissen hat: Es wird zunächst abgefragt, was er bereits selbst produziert bzw. ob er schon veröffentlicht hat. Dann gibt es eine Prüfung zu den Kenntnissen über die Medien im Land, dann sollen die Prüflinge noch einen Kommentar verfassen. Wenn diese Tests erfolgreich bestanden werden, können die Studenten den obligatorischen Allgemeinbildungstest (Geschichte, Fremdsprachen etc.) der Universität ablegen.

Pro Jahr machen die Studenten ein vierwöchiges Praktikum in einem der Fernsehkanäle oder einer Zeitung, wobei jeder Student jedes Medium während seines Studiums zweimal abdecken muss. Eine Spezialisierung im Studium auf TV oder Print existiert nicht. Für die Praktikumsplätze dürfen die Studenten Vorschläge einreichen, die weitestgehend berücksichtigt werden. Im TV-Bereich gibt es bis jetzt nur wenige Praktikumsplätze; das Radio ist hier zu vernachlässigen. Die Dozenten der BDU hoffen auf den öffentlich-rechtlichen Fernsehkanal, der vom Europarat gefordert wurde (s.o. 5.2). Auf dem vielfältigen Printmarkt bestehen dagegen gute Möglichkeiten. Dabei kann man nicht bei jeder Zeitung ein Praktikum machen. Die einzige oppositionelle Zeitung mit Praktikumsplätzen ist Azadliq. Die Dozenten empfehlen den Studenten die – nach ihrer Meinung – unabhängigen Zeitungen 525ci Qezet, Exo oder Zerkalo.

Die Zahl der Absolventen der journalistischen Studiengänge im Land, die tatsächlich in den unabhängigen oder oppositionellen Zeitungen arbeiten, ist gering. Die Tageszeitung Azadliq beschäftigt nur zwei oder drei. Die meisten guten Journalisten im Land seien Autodidakten, meint der Chefredakteur von Azadliq Qenimet Zahidov. Er bezeichnet die Universität vor allem als Schmiergeldmaschine. Das Studium der Journalistik kostet insgesamt 10-15.000 \$. Ein Absolvent der staatlichen Universität zu sein gilt als Prestige und ist ein Erbe der Sowjetzeit.

14. Die Situation in der Provinz am Beispiel der Stadt Gence

14.1 Fernsehen: Alternativ und Kapaz TV

Gence besitzt zwei private Fernsehkanäle, Kapaz TV (KTV) und Alternativ.

KTV wurde 1993 von Rüfet Äsgärov gestiftet und mitbegründet. Bis heute ist der Geschäftsmann Direktor dieses Senders und auch mitverantwortlich für das Programm. Seit 1995 strahlt KTV auch Nachrichten aus mit einem Schwerpunkt auf lokalen Informationen.

Der Direktor von KTV bezeichnet seinen Sender als unabhängig und neutral (allerdings hält er ANS oder die Zeitung Exo, s. Kap. 7, ebenfalls für unabhängig; das ist also ein wenig mit Vorsicht zu genießen). Finanziert wird KTV durch Werbung.

Früher hatte KTV die gleichen Schwierigkeiten wie viele Zeitungen und Fernsehsender im Land. Bei kritischer Berichterstattung kamen schon einmal Polizisten in die Redaktion und versuchten, Druck auszuüben. Manchmal wurde der Strom abgestellt oder es wurden Kabel zerschnitten, so dass nicht gesendet werden konnte. Der neue Exekutivchef des Bezirks Gence scheint aber KTV mehr oder weniger freie Hand zu lassen.

KTV arbeitet mit Euronews, Samanyolu (türk.) und russischen Sendern zusammen. Seit fünf Jahren betreibt der Sender auch ein Korrespondentenbüro in Baku mit Reporter und Kameramann. Dieses Büro ist auch Anlaufstelle für Werbekunden oder übersetzt ausländische Spots ins Aserbaidtschanische. Um landesweit zu senden, was durchaus der Anspruch von KTV zu sein scheint, fehlen aber wohl Geld und die nötige Lobby in Baku. Im April hat KTV auch einen Antrag auf einen Radiosender gestellt, der aber noch nicht bearbeitet worden ist.

Alternativ hat das Informationsprogramm mehr oder weniger eingestellt und sendet fast nur noch Videoclips. Früher produzierte die Bakuer Firma Internews Nachrichten für Alternativ. Internews arbeitet auch sonst viel mit Alternativ zusammen. Alternativ ist angeblich abhängig von einem ehemaligen Regierungsmitglied und wird unterstützt von Mitgliedern des Präsidentenapparates. KTV hat dagegen einen nicht unerheblichen Erfolg und einige Bedeutung in der Region Gence. Dies hat anscheinend einen regelrechten Konkurrenzkampf zwischen den beiden Sendern ausgelöst, der auf Neid zu basieren scheint. Ob dieser Konflikt auf eine Privatfehde zwischen den Chefs von Internews und KTV zurückgeht, ist nicht ganz klar. Alternativ hat in der Vergangenheit KTV immer wieder nachgeahmt oder die Nachrichten bewusst um einige Minuten vor denen bei KTV beginnen lassen. Auch betreibt Alternativ ein Preisdumping bei der Werbung.

Alternativ nimmt pauschal 2 \$ pro Werbeminute, während die 15-30 \$ bei KTV sich offensichtlich eher am Markt orientieren.

Während Alternativ keine 10 Angestellten hat und von Internews unterstützt wird, beschäftigt KTV 30 Mitarbeiter und hat offenbar genügend Geld zur Verfügung. KTV arbeitet mit DV-Technik, während Alternativ z.T. sogar von VHS sendet.

14.2 Die Zeitung Gencebasar

Gencebasar wurde im Juli 2003 gegründet und war ein Jahr vollständig finanziell abhängig vom Open Society Institute (s.o. Kap. 12) und der Produktionsfirma Internews. Seit Juli 2004 muss sich die Zeitung über den Verkauf finanzieren. Das OMI hat aber wieder Geld in Aussicht gestellt.

Die Journalisten von Gencebasar verdienen 100-150 \$ im Monat. Das liegt im oberen Bereich für unabhängige oder oppositionelle Zeitungen. Je zur Hälfte sind die Redakteure fest angestellt oder arbeiten auf Honorarbasis. Viele junge Journalisten, die in der Ausbildung sind oder nebenbei schreiben, arbeiten ohne Lohn, bekommen dafür aber eine kostenfreie Ausbildung. Die Mitarbeiter der Zeitung redigieren die Artikel und geben Ratschläge.

Gencebasar hat eine Auflage von 3.000 Exemplaren täglich, die nach eigenen Angaben fast vollständig verkauft wird. Die Zeitung füllt ein Informationsvakuum in Gence und ist daher relativ erfolgreich. Gencebasar wird inzwischen in der ganzen Region im Westen des Landes verkauft. Die Hälfte der Auflage geht nach Baku, wo es auch ein Korrespondentenbüro gibt. Geplant ist, die Auflage, vor allem in Baku, zu erhöhen. Alle großen Vertriebsfirmen (s.o. 7.1) haben Gencebasar in ihrem Angebot. Das Blatt gilt als halbwegs unabhängig, vergleicht sich selbst aber mit der Bakuer Zeitung 525ci Qezet, die dies nicht mehr wirklich ist. Der Vorwurf der Mitglieder der Regierungspartei, Gencebasar sei oppositionell, gepaart mit dem Vorwurf der Opposition, die Zeitung sei regierungsfreundlich, ist ein starker Hinweis auf eine gewisse Neutralität.

Die Chefredakteurin von Gencebasar, Nüşabe Mammadova, hatte bereits zu Sowjetzeiten Schwierigkeiten mit den Behörden. 1995 wurde sie von der staatlichen russischsprachigen Zeitung Novosti Gence entlassen und war dann viele Jahre arbeitslos. Mammadova gilt als revolutionär und freidenkend.

Von Beginn an war Gencebasar dem Druck von Behördenseite ausgesetzt, nach den oben bereits mehrfach beschriebenen Mechanismen. Der Strom wurde bisweilen abgestellt. Die Miete sollte willkürlich extrem angehoben werden, in der Folge musste die Redaktion in Räume an den Stadtrand

umziehen. Zu offiziellen Presseterminen werden die Redakteure nicht eingeladen, gehen aber einfach hin, werden zunächst abgewiesen und steigen dann auch schon mal durchs Fenster.

15. Ausblick

Die Bedingungen für eine freie und uneingeschränkte Verbreitung von Informationen und Meinungen sind in Aserbaidtschan sehr schwierig. Dennoch ist die Situation nicht so ausweglos, wie es im Moment zu sein scheint. Es kann kaum eine Vorhersage getroffen werden, wie der Demokratisierungsprozess und der damit eng verbundene Weg zur Pressefreiheit mittelfristig voranschreiten wird. Die Rosenrevolution im Nachbarland Georgien hat uns vor Augen geführt, wie schnell Regime stürzen können. Jedenfalls sind einige positive Entwicklungen auch jetzt schon auszumachen.

Internationale Organisationen und westliche Journalisten können annähernd frei im Land arbeiten. Journalistenprogramme haben einen gewissen Einfluss auf die Medienlandschaft, wenn auch ihr Erfolg schwer zu messen ist. Die große Mehrheit der Journalisten, die an solchen Programmen bis zum 15. Oktober 2003, dem Tag der letzten Präsidentschaftswahlen teilgenommen hatte, seien sie nun frei oder angestellt, verhielten sich bei den Ausschreitungen und nachfolgenden Festnahmen völlig passiv. Dies stellt Sinn und Zweck der Investitionen in den Journalistenaustausch in Frage.

Als einheimischer Journalist kann man offen seine Meinung sagen. Niemand muss bei einer politischen Diskussion in einem Café flüstern. Das alte sowjetische Spitzelwesen gibt es nicht mehr. Körperliche Übergriffe auf Journalisten sind massiv zu verurteilen, stellen aber doch Ausnahmen dar. Die Regierungskritik in den oppositionellen Zeitungen ist offen und deutlich. Trotzdem sitzen in Aserbaidtschan nur wenige Journalisten im Gefängnis – wie es in anderen GUS-Ländern oder vielen islamischen Staaten der Fall ist. Der Chefredakteur von *Yeni Müsavat*, Rauf Arifoglu, ist im Übrigen formell nicht wegen journalistischer Vergehen verurteilt worden, sondern weil man ihn zu einem der Rädelsführer der Ausschreitungen vom Oktober 2003 gemacht hatte.

Es ist zu hoffen, dass sich die Situation des Journalismus in Aserbaidtschan in naher Zukunft verbessert und dass die Regierung ihre Verantwortung für diesen wichtigen Teil des Demokratisierungsprozesses einlöst. Vieles wird von den nächsten Präsidentschaftswahlen 2007 abhängen.